Donnerstag, 1. Dezember 1932
Nr. 274. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf
Reichsausgabe

Volks-Wacht Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Pleite in der Reichskasse

6 Milliarden Steuerrückgang gegenüber 1929 — Die Aussichten noch schlimmer

Da den Parlamenten und auch dem Reichstag ihr elementarstes „Recht", Beschlußfassung und Kontrolle über den Etat (Reichshaushalt) genommen wurde, reden die Herren Minister über alle Regierungsfragen ganz willkürlich bei den verschiedensten Veranstaltungen. So hat es der „zurückgetretene" Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk für angebracht gehalten, am 29. November in der Hochschule für Politik über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen zu sprechen.

Trotz aller Beschönigungen ist es ein Bild katastrophaler Pleite der Reichsfinanzen, das Herr von Krosigk hier entrollte. Nach einer WTB-Meldung teilte er mit,

daß seit dem Jahre 1929 das gesamte Steueraufkommen (einschließlich Zölle) im Reich, Ländern und Gemeinden von 13,5 auf 10 Milliarden RM, die voraussichtlich im Jahre 1932 aufkommen werden, zurückgegangen sei, obwohl in dieser Zeit Steuererhöhungen und neue Steuern im Ausmaße von rund 2,5 Milliarden RM jährlich eingeführt worden sind. In Wirklichkeit sei also seit 1929 ein Steuerausfall von 6 Milliarden RM eingetreten.

Die sonstigen Einnahmen seien um 2,2 Milliarden RM gesunken.

Demgegenüber seien die Ausgaben für die gesamte Arbeitslosenfürsorge um 1,5 Milliarden RM gestiegen und würden sich um weitere 1—1,5 Milliarden RM erhöht haben, wenn nicht Kürzungen der Unterstützungssätze und andere Sparmaßnahmen seit dem Jahre 1930 durchgeführt worden wären.

Der Minister legte dann den Zusammenhang zwischen den Steuergutscheinen und einem Arbeitsbeschaffungsprogramm dar und trat weiter den Besorgnissen entgegen, die hinsichtlich einer zu starken Belastung künftiger Jahre in der Oeffentlichkeit geäußert worden sind.

Die Belastung der Jahre 1933 bis 1938 würde zwischen 125 und 200 Millionen RM jährlich aus Schatzanweisungen und aus Steuergutscheinen jährlich 300 bis 500 Millionen RM betragen, je nach dem Ausmaß Mehreinstellung von Arbeitern.

Der Papen-Finanzminister verschwieg in dieser allgemeinen Betrachtung das besondere finanzielle Fiasko der Papen-Regierung, das darin besteht, daß seit ihrem Regime das Defizit in der Reichskasse schon beinah 1 Milliarde erreicht hat, obwohl doch die Papen-Regierung bei ihrem Antritt großsprecherisch verkündete, „Ordnung in die Reichsfinanzen" zu bringen.

Die Papen-Regierung hat nichts anderes fertiggebracht, als die Besitzsteuern zu senken, dem Kapital riesige Subventionen zuzuschanzen, der Masse der arbeitenden Bevölkerung aber neue Steuer- und Zollasten aufzubürden.

Die „Besorgnisse der Zukunft" können jedoch mit den schönsten Ministerbeschwichtigungen nicht aus der Welt geschafft werden. Denn die jetzt ausgegebenen Schatzanweisungen und Steuergutscheine werden den Etat für die nächsten Jahre um ein zusätzliches Defizit von mindestens 700 Mill. RM pro Jahr belasten.

Also trotz größter Belastung und Auspowerung der Arbeiterschaft ein völliger Bankrott und gleichzeitig — nach dem Prinzip: **„Nach uns die Sintflut" — eine Zukunfts-**

Das ist Papen-Politik, die jetzt dem deutschen Volk aufs neue droht. Schluß mit dieser Abenteurerpolitik! Schluß mit der Kapitalsdiktatur! Das muß der Kampfruf für die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse sein!

Weiter alles in der Schwebe

Schleicher wartet auf Hitler — aber Hitler türmt

Berlin, 30. November.

Die Regierungskrise, die eine der längsten ist, die Deutschland je erlebt hat, hat noch immer keine Lösung gefunden. Während man am Dienstagvormittag bereits fest entschlossen war, Herrn v. Papen wieder zum Reichskanzler zu ernennen und unter ihm ein Kampfkabinett gegen alle Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen zu bilden, tauchten in der letzten Minute doch wieder Bedenken auf, und man entschloß sich, einen letzten Versuch zur Bildung eines Kabinetts Schleicher zu machen, das in der Presse als „Versöhnungskabinett" bezeichnet wird.

Auf einmal war man nämlich in den Kreisen um Hindenburg auf den Gedanken gekommen, daß die Absage der Nationalsozialisten an Schleicher vielleicht gar keine Absage sei. Die Antwort, die Frick und Strasser am Tage zuvor Herrn von Schleicher gegeben hatten, wurde jetzt so ausgelegt, daß diese beiden nationalsozialistischen Unterführer gemeint hatten, nur Hitler selbst könne die entscheidende Antwort geben. Daraufhin bemühte sich Schleicher um eine neue Aussprache mit Hitler.

Diese Unterredung zwischen Schleicher und Hitler sollte am heutigen Mittwochvormittag stattfinden. Aber im letzten Augenblick überlegte es sich der Herr des Braunen Hauses anders. Er verließ den Nachtschnellzug, mit dem er von München nach Berlin fuhr, unerwarteterweise in Jena und begab sich nach Weimar, angeblich, um wichtige Arbeiten für den thüringischen Kommunalwahlkampf zu erledigen.

In Berlin herrscht über dieses Verhalten Hitlers große Bestürzung. Es ist immerhin eine Blamage für die Herren Hindenburg, Papen und Schleicher, daß sie erst ihre ganze schöne Regierungsbildung mit Rücksicht auf eine neue Besprechung mit Hitler verschieben und dann von Hitler einfach versetzt werden. In der Umgebung des Generals v. Schleicher tröstet man sich damit, daß Hitler ja von Weimar in zwei Stunden mit dem Flugzeug nach Berlin kommen könne und daß also die Hoffnung bestehe, die Besprechung mit ihm am Mittwochnachmittag durchführen zu können.

Schleicher wirkt wie eine Braut, die bereits im Vorzimmer des Standesamtes steht und zitternd wartet, daß der Bräutigam endlich in letzter Minute doch noch eintreffen möge. Wer schreibt die Tragikomödie dieser deutschen Regierungsbildung?

SPD gegen Reichsbanner

Konflikte um die Erfassung des Nachwuchses

Wir lesen im „Vorwärts":

Der Berliner Bezirksparteitag hat zu der Vortruppfrage gegen wenige Stimmen den folgenden Beschluß gefaßt:

„Das Reichsbanner gründet seit einiger Zeit sogenannte Vortrupps, d. h. organisiert Kinder vom 10. bis 16. Lebensjahr.

Der Bezirksparteitag sieht in dieser Tätigkeit des Reichsbanners eine weitgehende Ueberschreitung der Aufgaben, die dem Reichsbanner gestellt sind und eine erhebliche Störung der bewährten Erziehungsarbeit der Kinderfreunde und der Arbeiterjugend.

Der Bezirksparteitag verpflichtet alle Parteigenossen, insbesondere die Genossen im Reichsbanner, mit allen Mitteln der Vortrupporganisation entgegenzuwirken. Auf das Reichsbanner ist dahin einzuwirken, daß die bestehenden Gruppen des Vortrupp aufgelöst und in die Kinderfreunde- und SAJ-Organisation übergeführt werden.

In der vorangegangenen Aussprache hatte Genosse Künstler dargelegt, daß die Vortrupps vom Reichsbanner auf eigene Faust ohne vorherige Verständigung mit den Organisationen der Eisernen Front gegründet worden waren.

Hochofenarbeiterstreik

bei Krupp in Essen

Die KPD-Presse meldet unter dem 30. November aus Essen:

Bei der Firma Krupp sind die Arbeiter der Hochöfen in den Streik getreten, um die Zurücknahme eines Lohnabbaues von 1 Pfennig pro Stunde zu erzwingen. Bereits am Montagabend kam es zu Protestaktionen im Betrieb selbst. Die Nachtschicht hat gestern früh den Betrieb nicht verlassen und die Morgenschicht hat die Arbeit nicht aufgenommen. Die Belegschaften beider Schichten verharren also im Betrieb in passiver Resistenz. Nach den Verhandlungen nahm die Direktion den Lohnabbau für die Arbeiter zurück, die den Minimallohn nicht erreicht haben. Die Belegschaften jedoch forderten die Zurücknahme des Lohnabbauanschlages, der für alle die Lohnsenkung von 1 Pfennig vorsieht. Die Belegschaft der Hochöfen ist deshalb in den Streik getreten, um die Zurücknahme des Anschlages zu erzwingen.

Bootswerft-Streik

Vegesack, 29. November.

WTB. Die Belegschaft der Bootswerft Friedrich Luerssen G. m. b. H. in Vegesack ist heute morgen in den Streik getreten. Veranlassung zu dem Streik gab die Tatsache, daß die Firma die Löhne für die Facharbeiter um 7 Pfg. ermäßigen wollte. Der Betrieb wird notdürftig mit den Meistern und Lehrlingen aufrechterhalten.

14 Jahre Polnische Unabhängigkeit

Zur Psychologie des Reformismus

Von Dr. Joseph Kruk,

Warschau, Ende November.

Mit großen Festlichkeiten feiert man jetzt in Polen das 14jährige Jubiläum der polnischen Unabhängigkeit.

Es lohnt sich tatsächlich, diesen historischen Tatsachen einige Betrachtungen vom proletarischen Standpunkt aus zu widmen. Die Schlüsse sind nicht nur für den polnischen Sozialismus, sondern auch für die internationale Arbeiterklasse sehr belehrend.

Die internationalen Revolutionäre und Sozialisten können darauf stolz sein, daß aus ihren Reihen die ersten Stimmen gegen Polens barbarische Zerteilung und gegen Polens Unterdrückung kamen. Es bleibt eine historische Tatsache, daß die Niederwerfung des polnischen Aufstandes gegen die zaristische Selbstherrschaft — ein mitwirkender Faktor für die Gründung der Ersten Sozialistischen Arbeiterinternationale im Jahre 1864 war. Das hat Marx in der Inaugural-Adresse (Eröffnungsadresse) vom 28. September 1864 unterstrichen. Karl Marx und Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und August Bebel, Jean zusammen mit Karl Liebknecht im alten Reichstag stark gegen die Ausrottungs- und „Hakatistenpolitik" protestiert.

Dieselbe Stellung haben auch die russischen Revolutionäre und Sozialisten von Michael Bakunin bis Lenin und Trotzki eingenommen. Die polnischen und russischen Revolutionäre gingen dem Tode entgegen mit der Parole: „Für unsere und eure Freiheit".

Die russische Revolution von 1917 und die deutsche Revolution von 1918 haben endlich die Bedingungen für Polens Unabhängigkeit geschaffen. Der junge polnische Volksstaat hatte schwere, aber wunderbar große — fast unbegrenzte — Möglichkeiten. Er konnte jetzt die Träume und Ideale der polnischen und internationalen Sozialisten verwirklichen. Die polnische Bourgeoisie hat doch mit dem Henker Zar und Wilhelm II. geliebäugelt. Den Kampf gegen diese Despoten hat die polnische Arbeiterschaft heldenhaft geführt. Und wenn jetzt ein revolutionäres Feuer im Osten wie im Westen ausbrach, konnte Polen, das sich inmitten der drei Revolutionen (Rußland, Deutschland, Oesterreich-Ungarn) befand, seine eigene nationale, aber auch soziale Befreiung durchführen. Es konnte zugleich eine historische Mission erfüllen: die Brücke zwischen Osten und Westen bilden.

Einen Moment konnte man denken, daß dies auch geschehen werde. Die Polnische Sozialistische Partei (PPS) gründete am 7. November die erste revolutionäre Regierung unter Leitung ihres alten Führers Ignatz Daszynski.

Aber anstatt sofort radikal mit revolutionären Taten zu beginnen, benutzte diese Regierung radikale Worte — um ihre Feigheit und Unfähigkeit zu maskieren. Die Bourgeoisie stellte sich naiv vor, daß diese sogenannte „Arbeiter- und Bauern-Regierung" tatsächlich sozialistische Schritte unternehmen werde. Und sie erhob sofort gegen die Regierung die schwache und aus Furcht um ihre Güter, Paläste und Geldsäcke — zitternde Stimme. Das genügte aber vollständig, damit „der sozialistische Tribun" Daszynski und die reformistische Polnische Sozialistische Partei sich dem kapitalistischen Willen sofort und gänzlich fügen sollte.

Man konnte damals noch keine rein bourgeoise Regierung bilden — im Osten wie im Westen wüteter doch die Revolutionen! Aber schon am 18. November hat man eine noch mäßigere, rein bürokratische, quasi „sozialistische" Regierung unter der Führerschaft eines „großen Beamten" (Mitglied derselben Polnischen Sozialistischen Partei), Moraczewski, gebildet. Er war keine „abschreckende" Figur, er gebrauchte so gar keine radikale Phrase oder radikale Geste. Diese quasi sozialistische Regierung huldigte nur einem Prinzip: sie stellte sich bürokratisch und militärisch gehorsam unter die Diktatur Joseph Pilsudskis, der vor dem Kriege der Führer der Polnischen Sozialistischen Partei

war und später der Führer der freiwilligen polnischen Legionen wurde.

Pilsudski dagegen — wie das der Regierung nahestehende Organ „Gazeta Polska" jetzt veröffentlicht — sagte in einer Unterredung ganz offen:

„Nach meiner Rückkehr (im November) aus der Magdeburger Festung habe ich gefunden, daß niemand in Polen wußte, was zu tun sei. Jeder hatte seine eigene Hilfsmethode, an die er aber selber nicht glaubte ... Auch ich wußte nicht, was zu tun war. Aber ich war klug genug, daß ich das niemandem sagte. Dadurch habe ich auf die menschliche Psyche gewirkt, weil die anderen dachten, wenn ich schweige, müsse ich wohl wissen, was zu tun ..."

Die Polnische Sozialistische Partei hatte eine ungewöhnlich günstige Situation: die Mehrheit der Arbeiter stand hinter ihr, sie hatte auch die Mehrheit in den Arbeiterräten.

Die alte Polnische Sozialdemokratische Partei (die spätere Kommunistische Partei), die sonst richtig marxistisch-revolutionär handelte, hat den großen Fehler begangen, daß sie die Idee der polnischen Unabhängigkeit bekämpfte. In den entscheidenden Revolutionsstunden konnte sie daher die Arbeitermehrheit nicht gewinnen.

Mit einem Worte: alles war günstig für die Reformisten. Aber sie wollten sogar mit den Arbeiterräten, in denen sie selber eine Mehrheit besaßen, nicht arbeiten, und ihre ganze „heroische" Aufgabe sahen sie nur — in der kapitalistischen „Wächter-Rolle", bis die National-Versammlung zusammentreten wird!

Diese reformistischen Feiglinge ermutigten damit natürlich die Konterrevolution. Und schon in der Nacht vom 4. auf den 5. Januar 1919 hat der erste Staatsstreich stattgefunden. Die konterrevolutionären „Nationaldemokraten", die dem russischen Zar loyal und getreu dienten, bildeten eine geheime „Nationale Regierung", und mittels gefälschter Dokumente haben sie die polnischen Minister während dieser Verschwörernacht verhaftet. Sie bereiteten sich zur Uebernahme der Regierungsmacht vor. Allerdings gelang es ihnen nicht, die Pläne zu verwirklichen, und Pilsudski verhaftete die Hauptführer dieser ersten Konterrevolution.

Als sich die aufgeregten Arbeiter in dem Warschauer Arbeiterrat versammelten und scharfe revolutionäre Maßregeln forderten, erklärte der Führer der Reformisten wörtlich: „Ich bitte Euch, regt Euch nicht auf. Alles ist in Ordnung. Geht nach Hause, schlaft ruhig!" Man erwartete, daß jetzt endlich die Konterrevolution radikal zerschlagen und daß man zu revolutionären Taten und sozialistischen Reformen übergehen wird. Die Konterrevolution hatte sich ja selber ihr Grab bereitet.

Aber in Bälde wurden die Verhafteten befreit. Noch mehr: Am 16. Januar demissionierte diese „Arbeiter-Regierung". Wie konnte das geschehen? Diese reformistischen Feiglinge erklärten: „Die Bourgeoisie will der Volksregierung kein Geld und keine Steuern geben, daher soll die Bourgeoisie selbst das Regierungsruder übernehmen." Das offizielle Regierungsmanifest lautete: „Die (nächste) Regierung, die durch die Besitzenden nicht boykottiert werden wird, wird vielleicht glücklichere Bedingungen als wir finden. ..."

Und tatsächlich, der Führer der konterrevolutionären „National-Demokratischen Partei", der berühmte Pianist Ignatz Paderewski, wurde Premierminister. Man hörte nicht mehr die Töne der Internationale, der Marseillaise, der revolutionären „Warshawianka". Paderewski begann Chopins Trauermarsch meisterhaft zu spielen, der Polens wirkliche Nationalhymne wurde. Mit seinen außergewöhnlich feinen künstlerischen Fingern spielte er nicht nur Klavier, sondern begann auf den Druckmaschinen den kapitalistischen Inflations-Kankan zu spielen. Er druckte immer mehr und mehr Papiergeld, weil die Bourgeoisie alle Staatskosten nicht mit eigenem, sondern mit dem Gelde der Massen deckte.

So übergaben die Reformisten freiwillig die ganze Macht der Bourgeoisie! Das war die historische Ursünde, aus der alle späteren als natürliche Konsequenz sich ergaben. (Ein Schlußartikel folgt.)

Die gesamte SPD-Presse in Anhalt verboten

Dessau, 29. November.

In Anhalt dürfen ab heute sämtliche sozialdemokratischen Zeitungen nicht mehr erscheinen. Der nationalsozialistische Minister Freyberg hat über das „Volksblatt für Anhalt" in Dessau, den „Volksfreund für Zerbst" ein zehntägiges, über die „Volkswacht" in Bernburg und den „Volkswillen" in Köthen ein achttägiges Verbot verhängt.

Herr Freyberg hatte in der letzten Zeit die sozialdemokratische Presse Anhalts andauernd mit Zwangsauflagen bedacht. Als man ihn daraufhin in einem Artikel als Mitarbeiter der sozialdemokratischen Presse bezeichnete und ihm sagte, ein Mitarbeiter der sozialdemokratischen Zeitungen müsse über ein höheres Maß politischen Wissens verfügen, hat er sich beleidigt gefühlt und sämtliche sozialdemokratischen Zeitungen verboten. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß das Verbot nicht zufällig mit dem Beginn der anhaltischen Landtagsperiode zusammenfällt. Vielmehr dürfte es den Zweck haben, die für die Nationalsozialisten unangenehmen Auseinandersetzungen im Landtag möglichst geheim zu halten.

Neue Zuchthausurteile

Berlin, 29. November.

CNB. Das Sondergericht verurteilte heute den Nationalsozialisten Klottich und den Kommunisten Gniesewitz wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Transportgefährdung zu je zwei Jahren Zuchthaus und den Nationalsozialisten Friedrich wegen versuchter Sachbeschädigung zu sechs Monaten Gefängnis. Vier Angeklagte wurden mangels Beweises freigesprochen.

Die Verurteilten waren beschuldigt, sich an den Ausschreitungen während des Berliner Verkehrsstreiks in Schöneberg am 4. November beteiligt zu haben. Klottich und Gniesewitz sollen Steine gegen eine Straßenbahn geschleudert haben. Friedrich hat nach Ueberzeugung des Gerichtes, einen Stein gegen einen Autobus geworfen, verfehlte jedoch sein Ziel. Friedrich erklärte, er habe nur ein Paket Harzer Käse gegen den Autobus geschleudert. Das Gericht schenkte dieser Aussage jedoch keinen Glauben.

Berlin, 29. November.

CNB. Die Strafkammer des Landgerichts II verurteilte heute wegen gefährlicher Körperverletzung den Arbeiter Usack zu einem Jahr Zuchthaus und den Arbeiter Mörenberg zu vier Jahren Zuchthaus. Beide Angeklagte wurden sofort in Haft genommen.

Zweierlei Maß

Frankenthal, 29. November.

Der Schriftleiter Kölln aus Ludwigshafen (Rhein) wurde heute von dem Schwurgericht wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu einer Geldstrafe von 100 RM verurteilt. Als verantwortlicher Schriftleiter des nationalsozialistischen „Eisenhammer" hatte Kölln im Juli d. J. zwei Artikel gebracht, in denen eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen Funktionäre der SPD in der Pfalz erblickt wurde.

Dortmund, 29. November.

Das Dortmunder Sondergericht verurteilte heute den 37jährigen Redakteur der kommunistischen Zeitung „Westfälischer Kämpfer", Springer, wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu vier Monaten Gefängnis. Nach einem Prozeß gegen drei Kommunisten vor dem Sondergericht im September d. J., die der Beteiligung an der Erschießung eines Nationalsozialisten angeklagt waren, hatte Springer im „Westfälischen Kämpfer" einen Artikel veröffentlicht, in dem — gemäß der Urteilsbegründung — die Arbeiterbevölkerung aufgefordert wurde, einen Druck auf das Gericht auszuüben.

Ostpreußens Sondergerichte gegen links

(Eigene Meldung der SAZ)

Königsberg, 29. November.

Man ist es ja gewohnt, daß die Gerichte gegen Links Eingestellte nicht solche milde Urteile zu fällen pflegen wie gegen nationalsozialistische Rechtsbrecher. Besonders kraß tritt diese Erscheinung in Ostpreußen hervor, wo ja bekanntlich die Sondergerichte, die ihre Existenz der Antiterrorverordnung vo 9. August d. Js. verdanken, bisher sehr in Anspruch genommen werden mußten. Interessant ist das Ergebnis der gefällten Urteilssprüche seit dem dreimonatigen Wirken der Sondergerichte in Ostpreußen: 30 Jahre, 3 Monate Zuchthaus gegen Linksangehörige, während die Urteile gegen Rechtsradikale als Ergebnis aufwiesen: 7 Jahre Zuchthaus.

Milderes Urteil im Prozeß Hufelandstraße

Berlin, 29. November.

CNB. Das Schwurgericht beim Landgericht I verurteilte heute den Kaufmann Rudolf Becker wegen Totschlags in einem Falle zu fünf Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft, aber unter Versagung mildernder Umstände, ferner den Werkmeister Ernst Porath wegen Begünstigung gegenüber dem früheren Mitangeklagten Kollatz zu vier Monaten Gefängnis, während der Maler Max Nauschke auf Kosten der Staatskasse freigesprochen wurde. In der Silvesternacht 1930/31 kam es in der Hufelandstraße zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten, in deren Verlauf der Reichsbannermann Willi Schneider und der unbeteiligte Bankbeamte Graf von Nationalsozialisten erschossen wurden.

In erster Instanz hatte das Schwurgericht Becker und Nauschke wegen Totschlags zu je sieben Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Rekordtiefstand des Pfundes

WTB. Der Pfundkurs hat im Laufe des Tages einen Tiefstand erreicht, den es noch nie gehabt hat. Das Pfund wurde nur mit 3,14 Dollar notiert. Das sind 66% des Nennwertes.

Feindliche Flieger über Erfurt!

Kürzlich wurde in Erfurt eine Uebung des passiven und zivilen Luftschutzes abgehalten. Auf Grund der Annahme eines feindlichen Fliegerangriffes auf die Stadt forderte man die Bevölkerung auf, bei Einsetzen des durch Glockengeläut und Sirenengeheul gekennzeichneten Fliegeralarms alle Lichter zu verlöschen, da die Straßenbeleuchtung ebenfalls einige Minuten ausgeschaltet wurde.

Die Uebung begann mit der Alarmierung des Südviertels und der Stillegung des Straßenverkehrs in der Arnstadter Straße. Die Fußgänger wurden ersucht, die beiden Schutzkeller aufzusuchen, jedoch mit recht wenig Erfolg. Machte schon hier die Neugier den von heiligster Vaterlandsliebe friedenden Giftgasfabrikanten, Durchhaltepolitikern und zukünftigen Etappenhengsten einen dicken Strich durch die Rechnung, so wurde das Fiasko abends bei Einsetzen des Fliegeralarms noch größer. Nur sehr wenige löschten die Lampen oder verhängten die Fenster. Sofort nach Ausschaltung der Straßenbeleuchtung durchzogen Sprechtrupps die Straßen mit dem Rufe:

„Nieder mit dem imperialistischen Kriege!"

Es wurden Leuchtfeuer und sogar eine Plakatsäule angezündet, so daß diese Uebung wirkungsvoll sabotiert wurde.

Was schreibt nun die bürgerliche Presse? In der Thür. Allgem. Zeitung lesen wir folgendes: „... und sie (die Luftschutzübung) war eine eindrucksvolle Mahnung an uns alle, die Fragen des passiven Luftschutzes als der einzigen Abwehrwaffe unseres wehrlosen, aber höchst gefährdeten Vaterlandes, nicht mit Gleichgültigkeit oder gar höhnischer Kritiksucht zu betrachten."

Daß du die Nase im Gesicht behältst! Der Prolet ist sich sehr wohl im klaren darüber, daß diese Maßnahme des passiven Luftschutzes völlig wirkungslos und ungenügend sind. Daß sie nur den einen Zweck verfolgen, das Volk in eine neue Kriegspsychose zu versetzen, um ein zweites 1914 vorzubereiten. Deshalb: Nieder mit dem imperialistischen Kriege! Nieder mit der Kapitalsherrschaft! Schutz der Sowjet-Union! Für die proletarische Revolution!

Dreißig Tage wirksames Gas

Die Militärchemie der Vereinigten Staaten, die bekanntlich während des Krieges angewendet wurde, zur Füllung von Luftbomben verwendet, und deren Wirksamkeit allmählich bis zu kaum vorstellbaren Grenzen gesteigert. Amerikanische Militärflieger haben in jüngster Zeit Abwurfversuche mit Luftbomben durchgeführt, die zehn Tonnen schwer sind und bis zu fünf Tonnen Yperit enthalten. Die Ergebnisse der Versuche werden geheimgehalten. Man kann sich aber ungefähr eine Vorstellung von der Wirkung machen, wenn man bedenkt, daß nach Sachverständigenurteilen 10 Tonnen Yperit genügen, um einen Quadratkilometer vollkommen zu vergiften. Das Yperit gehört zu den wenig flüchtigen Gasen, denn es bleibt auf offenem Gelände bei mäßiger Windstärke zwei bis acht, ja zehn Tage liegen; in Städten und in Gebüsch und Wald, wo es zusammengehalten wird, ist seine Wirkung noch nach dreißig Tagen festgestellt worden. Die Tiefenwirkung einer nur zwei Tonnen schweren Luftbombe beträgt bereits siebeneinhalb Meter.

KPD

[illegible] in der Breslauer Metallindustrie

Wir veröffentlichten vor einigen Tagen die Zuschrift des Metallarbeiterverbandes Breslau, worin zu dem Angriff der Metallindustriellen auf die Akkordverdienste Stellung genommen wurde. Es ist darin klipp und klar auseinandergesetzt worden, daß einzelne Unternehmer versuchen, den kürzlich neuabgeschlossenen Tarifvertrag willkürlich in ihrem Sinne auszulegen und, entgegen der Tarifabmachung, Akkordabzüge durchzuführen. Dagegen fordert die Ortsverwaltung des DMV ihre Mitglieder und die Belegschaften ganz eindeutig auf, sich diese Abzüge auf keinen Fall gefallen zu lassen, sondern Widerstand zu leisten, also den Kampf aufzunehmen. Es ist klar, daß, wenn der DMV dazu offiziell aufruft, er auch voll dahinter steht und jeden daraus entstehenden Kampf unterstützt und führt.

Wenn nun das ständige, mehr hysterische als sachlich begründete „Streik, Streik"-Geschrei der KPD-Presse bzw. der „Arbeiterzeitung" auch nur zu einem geringen Teil dem ehrlichen Arbeiterinteresse entsprechen würde, dann müßte sie doch mit der Aufforderung des DMV zufrieden sein und nun ihrerseits alles tun, daß es zu geschlossenen und erfolgreichen Abwehrstreiks käme.

Aber diese Abwehrstreiks würden doch dann vom DMV durchgeführt und — an der Spitze des Breslauer DMV stehen doch SAP-Leute. Das sind doch „Sozialfaschisten". Und so muß die „Arbeiterzeitung" schreiben:

„Metallarbeiterkollegen! Das ist eine Phrase, wenn man davon spricht, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen es ablehnen müssen, für niedrigeren Lohn zu arbeiten, ohne praktisch an die Organisierung des Kampfes heranzugehen. Die Belegschaft der Firma Meinecke hat ohne Zutun der Gewerkschaftsführer (Die „AZ" weiß, daß es eine Lüge ist, Red. d. „SAZ") einmütig den Beschluß gefaßt, jede Verschlechterung mit dem Streik zu beantworten. Dieser Streikbeschluß darf nicht auf dem Papier stehen bleiben.

Die Belegschaften aller übrigen Breslauer Metallbetriebe dürfen auf das radikale Geschwätz der Bürokratie des DMV nichts geben. (!!) sondern müssen die Organisierung und Auslösung des Kampfes in eigene Hände nehmen."

Das ist ein Musterbeispiel, wie durch scheinbar „revolutionäres" Geschrei bewußt versucht wird, Mißtrauen gegen die ganze Gewerkschaft in die Arbeiterschaft zu tragen, die Zersplitterung herbeizuführen und so den notwendigen Kampf zu verhindern. Kein Arbeiter, der den erfolgreichen Abwehrkampf will, darf daher diesen unsinnigen Schreiereien Gefolgschaft leisten.

Im übrigen ist das Geschrei der „AZ" nach „selbständiger Kampfführung" gerade hier in der Breslauer Metallindustrie im höchsten Grade verantwortungslos, weil sie genau weiß, daß hier der RGO-Einfluß so minimal ist, daß, wenn ihre eigenen Genossen auf das Geschrei hineinfallen würden, sie mit „selbständiger Kampfführung" eine fürchterliche Niederlage erleben müßten.

Um die „AZ" und die Breslauer RGO-Strategen von ihrer Hysterie etwas auf den realen Boden der Tatsachen zurückzuführen, möchten wir unsere Frage wiederholen:

Warum schweigen sie über den vom RGO-Leiter Schröter gebilligten Streikbruch der RGO-Leute beim Steinsetzer-Streik?

Immer „Streik, Streik" brüllen, und wenn wirklich gestreikt wird, Streikbruch üben und das auch noch decken, das ist alles andere als revolutionär.

Auslands-Rundschau

Lemberg, 30. November.

Die antisemitischen Ausschreitungen nehmen immer größeren Umfang an. Zahlreiche Juden wurden blutig geschlagen, auch jüdische Frauen wurden nicht geschont. Die Schaufenster vieler jüdischer Geschäfte wurden eingeschlagen. Die Polizei, die sich vergeblich um die Wiederherstellung der Ruhe bemühte, wurde von antisemitischen Studenten mit Spucknäpfen, Kohlen und Gläsern beworfen. In 80 Fällen mußte die Rettungsgesellschaft eingreifen. Wie ernst die Unruhen waren, geht auch daraus hervor, daß die Behörden eine weitgehende Nachrichtensperre verhängten. Der sozialistische „Robotnik", der jüdische „Nasz Przeglond" und der im Regierungslager stehende „Krakauer Kurier" wurden wegen ausführlicher Berichte über die Lemberger Unruhen beschlagnahmt.

Warschau, 30. November.

An der Universität kam es zu einer Schlägerei zwischen polnischen und jüdischen Studenten. Jüdische Studenten wurden aus den Vortragssälen vertrieben. Der Rektor der Universität hat die Vorlesungen bis auf Widerruf geschlossen.

Bukarest, 30. November.

Die Untersuchung gegen die Mitglieder der kommunistischen Zelle im Marmaros-Sziget wird fortgesetzt. Ein verhafteter Kommunist namens Munteanu, ein fünfzigjähriger Arbeiter, brach im Vorzimmer des Untersuchungsrichters zusammen und verschied auf der Stelle. **Sein Tod wird auf die Mißhandlung, die ihm von der Polizei zugefügt wurde, zurückgeführt.**

Budapest, 30. November.

Hier begann die Verhandlung gegen den gewesenen Staatssekretär der Michael-Karolyi-Regierung Universitätsprofessor Josef Madzsar und Genossen. Madzsar wird beschuldigt, daß er mit den Buchhändlern Alexander Poll und Ladislaus Tisza nach der Verhaftung Sallais und Fürsts die Leitung der ungarischen kommunistischen Bewegung übernommen habe. Als die Anklageschrift verlesen wurde, stand ein Teil der Angeklagten bei der Verlesung der Namen Sallai und Fürst auf. Der Vorsitzende bedrohte sie mit scharfen Disziplinarstrafen und machte sie aufmerksam, daß die Anklage auch auf Verherrlichung eines Verbrechens ausgedehnt werden könnte. Der Angeklagte Poll hat vor der Polizei eingestanden, an Stelle Sallais und Fürsts die Leitung der kommunistischen Bewegung übernommen zu haben, zog aber sein Eingeständnis zurück, da seine Aussage von der Polizei erpreßt worden war. Ladislaus Tisza gab zu, daß er im Dienste der kommunistischen Bewegung zwischen Budapest und Wien Kurierdienste geleistet habe, von Madzsar hätte er das Protokoll der Verhandlung gegen Sallai und Fürst erhalten sollen.

Die Verhandlung findet unter den üblichen Vorsichtsmaßregeln statt. Das Gerichtsgebäude ist von Polizeitruppen besetzt. Als Zuhörer werden nur Journalisten zugelassen.

Neue Zahlen der Krise
im Spiegel des schlesischen Postverkehrs

Der Postverkehr in Schlesien zeigt, wie wir dem Mitteilungsblatt der Niederschlesischen Provinzialverwaltung entnehmen, wie im 1. Halbjahr auch im Dreivierteljahr 1932 gegenüber der gleichen Vorjahrszeit einen

durchgängigen Rückgang

in seinen verschiedenen Teilen. Im Paketverkehr beträgt der Rückgang gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahrs bei den abgesandten Paketen 5,2 und bei den

angekommenen Paketen 5,4 Prozent.

Hinsichtlich des Rückganges der Pakteinlieferung ist darauf hinzuweisen, daß dieser für die beiden Oberpostdirektionsbezirke der Provinz Niederschlesien sich in den Rechnungsjahren 1928 bis 1931 immer mehr verbreitert hat; er stellt sich für den Oberpostdirektionsbezirk Liegnitz im Rechnungsjahr 1931 auf 21,2 Prozent gegenüber dem Rechnungsjahr 1927, im Oberpostdirektionsbezirk Breslau sogar auf 28,2 Prozent bei einer durchschnittlichen Abnahme im Reichspostgebiet von 24,8 Prozent im gleichen Zeitraum.

Im Zahlungsverkehr beträgt der Rückgang bei den Gut- und Lastschriften im Postscheckverkehr 19,4 Prozent, bei den baren Ein- und Auszahlungen auf Zahlkarten, Post- und Zahlungsanweisungen 13,7 Prozent, beim Protestverkehr 1. eingegangene Aufträge zum Protest von Wechseln nach der Zahl 27,8, nach dem Betrage 36,4 Prozent, 2. davon wurden protestiert nach der Zahl 20,2 und nach dem Betrage 32,5 Prozent.

Zu dem besonders großen Rückgang der protestierten Wechsel ist zu bemerken, daß hieraus weniger auf eine Besserung der allgemeinen Kreditsicherheit und der Wirtschaftslage, als vielmehr auf die in zunehmendem Maße zutage tretende Vorsicht bei der Gewährung und Aufnahme von Wechselkrediten zu schließen ist.

Der Telegrammverkehr ging hinsichtlich der abgesandten Telegramme um 22,6 Prozent und bei den eingegangenen Telegrammen um 25,3 Prozent zurück. Im Fernsprechverkehr beträgt der Rückgang der abgegangenen Ferngespräche 15,4 Prozent.

SA-Mörder in Obernigk festgenommen

Der SA-Führer Alfons Rolle aus Gleiwitz, der wegen versuchten Mordes angeklagt ist und — wie seinerzeit gemeldet — am 11. September aus dem Groß-Strehlitzer Krankenhaus gewaltsam befreit wurde, konnte am Freitag bei Dr. Kontny in Obernigk festgenommen werden.

Rolle war SA-Führer in Sosnitza und als solcher Anführer bei mehreren Bandenüberfällen auf antifaschistische Arbeiter. Mit einem Komplizen schoß er dann in Sosnitza zwei Polizeibeamte nieder, wobei der eine Beamte lebensgefährlich verletzt wurde. Rolle versuchte dann aus dem Gleiwitzer Krankenhaus zu entfliehen, was mißglückte. Als er sich später im Groß-Strehlitzer Krankenhaus in Behandlung befand, wurde er eines mittags unter Gewaltanwendung gegen die Krankenschwestern von Parteifreunden aus dem Krankenhaus geholt. Soweit wir unterrichtet sind, wurde er am Sonntag, und zwar mit dem Auto IK 9184, nach Obernigk gebracht und dort bei Dr. Kontny versteckt.

Zum Mord in Freyhan

Die Ermittelungen in der Mordsache Weinert haben bis jetzt noch kein positives Ergebnis gezeitigt. Die Mordkommission vertritt nach wie vor die Auffassung, daß der Täter in Freyhan oder in der nächsten Umgebung zu suchen ist. Sie legt Wert darauf, daß sich alle Personen melden, die Angaben darüber machen können, wer in der letzten Zeit Einbrüche und Diebstähle bei der Ermordeten ausgeführt bzw. beabsichtigt hat. Der Mordkommission ist bereits ein großer Teil dieser Leute bekannt, es dürften jedoch bei weitem noch nicht alle erfaßt sein.

Zurzeit werden rund 30 Spuren bearbeitet. Am Freitag wurde ein Verdächtiger aus Freyhan, der über seinen Verbleib am Tatabend widersprechende Angaben machte und von zwei Zeugen gegen 21 Uhr in der Nähe des Tathauses beobachtet worden ist, dem Richter vorgeführt. Seine Vernehmung und die Nachprüfung seiner Angaben dauert zur Stunde noch an.

Rentnerin gasvergiftet

Am Montagnachmittag wurde die 63jährige Rentnerin Luise G. in ihrer Wohnung in der Vinzenzstraße gasvergiftet tot aufgefunden. Die Frau saß auf einem Stuhl neben dem Gaskocher und war damit beschäftigt, Speisen zuzubereiten. Hierbei dürfte sie einen Schwächeanfall erlitten haben. Aus dem geöffneten Gashahn konnte das Gas entweichen, so daß die Rentnerin vergiftet wurde.

Im Fahrplan der Straßenbahnlinie 21

tritt mit Wirkung vom 1. Dezember ds. Js. folgende Aenderung ein:

Die vom Ring um 23.23, 23.33, 23.43 und 23.53 Uhr abfahrenden Wagen werden über die Piastenstraße hinaus bis zur Fürstenbrücke durchgeführt. Von hier aus besteht mit der Linie 10 Anschluß nach Leerbeutel. Den Fahrgästen ist in diesen Fällen das Uebersteigen auf die Linie 10 zur Fortsetzung der Fahrt bis Leerbeutel gestattet

Martyrium eines Kindes

Liegnitz, 29. November.

Nach zweitägiger Verhandlung fällte Dienstag abend das Liegnitzer Schwurgericht das Urteil in dem Prozeß gegen die Eheleute Dastig in Liegnitz, die der vorsätzlichen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, begangen an ihrem eigenen 1½ Jahre alten Kind Horst angeklagt waren.

Frau Dastig erhielt wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang ein Jahr Gefängnis, ihr Ehemann wegen Beihilfe vier Monate Gefängnis. Beiden Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt. Der Staatsanwalt hatte gegen die Ehefrau fünf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust, gegen den Mann wegen Beihilfe eineinhalb Jahre Gefängnis beantragt.

Es handelt sich um das grauenvolle Martyrium des am 28. Oktober 1930 geborenen und am 17. Mai 1932 gestorbenen Söhnchens Horst, des dritten Kindes des Ehepaares. Am 8. Juni war das Ehepaar unter dem Verdacht des gemeinschaftlichen Mordes an seinem 1½jährigen Söhnchen Horst verhaftet worden.

Sezierung und Untersuchung der Kindesleiche hatten ergeben, daß das Kind in einem Zustand auffälliger Schwäche starb und am Kopf verdächtige, von Schlägen herrührende Flecken aufwies. Man hatte den Eindruck, daß das Kind systematisch vernachlässigt und geschwächt und dann durch Schläge auf den Kopf getötet worden war.

Am 4. Mai, also kurz vor dem Tode des Horst, hatte Frau Dastig einem vierten Kind das Leben geschenkt, soll aber auch von dessen Beseitigung gesprochen haben. Das Ehepaar war stark verschuldet, nachdem der Mann wegen Unterschlagung von 2000 RM. amtlichen Geldern zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war und ihm von der belassenen Pension Abzüge gemacht wurden.

Der Ehemann Dastig gibt zu, daß es seiner Frau vom ersten Tag an lieb gewesen wäre, wenn das Kind gestorben wäre. Sie hatte es zunächst in einer zugigen, nicht heizbaren Dachkammer untergebracht. Bald nach der Geburt fand man im Gesicht des Kindes von Schlägen herrührende Flecken. Eines Tages wäre das Kind unter der Bettdecke im Beisein der Mutter erstickt, wenn nicht eine Nachbarin auf das dumpfe Schreien des Kindes herbeigeeilt wäre. Das Kind war schon ganz weiß! Wegen der schlechten Behandlung durch die Frau gab der Mann das vernachlässigte, am ganzen Körper wunde Kind in Pflege, doch wurde es bald zurückgebracht, da das Pflegegeld nicht bezahlt wurde. Nun inserierten die Eltern und wollten das Kind für 2000 bis 3000 RM „verkaufen", was aber nicht gelang. Darauf ging das Martyrium weiter. Statt Pflege bekam das arme Kind nur Schläge, so daß es oft aus Nase und Mund blutete. In den letzten dreiviertel Jahren vor dem Tode war die Frau nach den Angaben ihres Mannes von einer regelrechten Sucht der Mißhandlung besessen und verfolgte hartnäckig den Gedanken, es wäre besser, wenn das Kind sterben würde.

Das unglückliche Kind soll in seinem ganzen Leben nur vier- bis fünfmal an die frische Luft gekommen sein. Eines Tages fand man es in einen Lodenmantel fest eingeschnürt, so daß es sich überhaupt nicht regen konnte.

Offenbar wollte sich die Mutter dadurch die Aufsicht sparen. Sonst soll das Kind immer in einem Stühlchen oder auf dem Fenstersims gesessen haben. In den letzten vier Monaten vor seinem Tode konnte der kleine Horst fast gar nicht mehr schlafen. In der Nacht zum Pfingstsonntag schlug die unnatürliche Mutter das Kind mit einer Bierflasche gegen die linke Schläfe. Als das Kind am Pfingstdienstag starb, führte sie den Tod auf den Schlag zurück. Der Ehemann entschuldigte sich damit, daß er von seiner Frau abhängig gewesen sei und sie nicht anzeigen konnte. Frau Dastig versuchte noch, sich als „liebevolle Mutter" hinzustellen.

In der bisherigen Beweisaufnahme kamen zahlreiche Einzelheiten über die lieblose Behandlung und herzlose Mißhandlung des Kindes zur Sprache. Der Kinderarzt Dr. Nocke (Liegnitz) stellte fest, daß das Kind mit über 15 Monaten nur 15 Pfund wog. Bei der Leichenschau konnte er keine Todesursache feststellen, worauf automatisch die Behörde eingriff.

Der „gemeingefährliche" Stein

Sommernacht der parteilose Arbeiter Jarras über den Neumarkt. Er hatte Pech, denn er geriet gerade in eine Hetz, die die Nazis — wie noch erinnerlich — auf unseren Genossen Eckstein veranstalteten. Genosse Eckstein mußte damals bekanntlich in ein Haus flüchten, und die braunen Banditen tobten aus Wut, seiner nicht habhaft zu werden, auf dem Neumarkt herum und überfielen harmlose Proleten, die des Weges daher kamen.

So auch den Arbeiter Jarras. Er wurde durch mehrere Messerstiche am Kopf verletzt. Die Polizei nahm ihn in Schutzhaft und brachte ihn zur Ringwache.

Auf der Wache durchsuchte man ihn nach Waffen und fand einen faustgroßen Stein in seiner Tasche.

Es tauchten die üblichen Nazizeugen auf, draußen einen Schuhnagel mit [illegible] gelassen. Man fand schließlich auch einen. Die Zeugen widersprachen sich aber.

Der Staatsanwalt betonte in seinem Plädoyer die Gemeingefährlichkeit eines Arbeiters, der einen Stein bei sich trüge. Das fiele unter den Begriff „bewaffnet". Wie er überhaupt seiner Meinung nach feststellte, wenn sich irgend jemand in einer Gruppe von zehn Menschen befinde und er trüge einen Stein in der Tasche, so seien alle Teilnehmer dieser Gruppe nach dem Gesetz als bewaffnet anzusprechen.

Jarras wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil kann, wie alle die anderen Klassenurteile bei der Breslauer Arbeiterschaft nur lebhaftes Befremden hervorrufen. Wir protestieren dagegen.

Wieder schweres Schadenfeuer infolge Brandstiftung

Brieg, 29. November.

Vor kaum acht Tagen war die dem Rittergutsbesitzer Silvius Moll in Lossen gehörende große Feldscheune von Brandstiftern angesteckt worden und vollständig niedergebrannt. Der oder die Täter konnten noch nicht entdeckt werden; jetzt brach in der dem Bruder des Rittergutsbesitzers Moll, dem Amtsvorsteher und Rittergutsbesitzer Erhard Moll, Waldhaus, gehörenden Feldscheune Feuer aus und äscherte diese ebenfalls vollständig ein. Die Ernte von 138 Morgen Weizen und 30 Morgen Hafer fiel den Flammen zum Opfer. Auch diesmal liegt zweifellos Brandstiftung vor. Die Brandkommission der Landeskriminalpolizei Breslau hat gemeinsam mit der Landjägerei auch die Ermittelungen nach den Urhebern dieses Brandes aufgenommen. — Im Kreise Brieg sind im letzten Vierteljahr fast fünfzehn Brände ausgebrochen, die auf vorsätzliche Brandstiftung zurückzuführen sind. Nur wenige Fälle konnten aufgeklärt werden.

Zum Autobusunglück

Zu dem Zusammenstoß zwischen einem städtischen Autobus und einem Radfahrer auf der Pilsnitzer Straße erfährt das Städtische Presseamt, daß die Verletzten nach Anlegung von Notverbänden sämtlich wieder aus dem Krankenhaus entlassen worden sind.

Eisenbahn Hirschberg—Landeshut elektrisch

Breslau, 29. November.

Am 9. Dezember wird die Reichsbahn auf der 40 Kilometer langen Riesengebirgsstrecke Hirschberg—Schmiedeberg—Landeshut den elektrischen Betrieb aufnehmen. Die Strecke ist mit einer 15 000-Volt-Leitung versehen. Im nächsten Jahre soll auch die zwischen Hirschberg und Schmiedeberg abzweigende Kleinbahn Zillertal—Erdmannsdorf—Krummhübel, die von einer privaten Gesellschaft betrieben wird, elektrifiziert werden.

Ein Revierförster und sein Hund tot aufgefunden

Gleiwitz, 29. November.

Am Montag, zwischen 10 und 11 Uhr, wurde der Revierförster Mendel aus Kupferhammer im Jagen 73 des Reviers Brezinka tot aufgefunden. Die Mordkommission, die Staatsanwaltschaft, der Ermittlungsrichter aus Gleiwitz und die Landjägerei erschienen sofort am Tatort. Der Tote lag am Rande eines Holzabfuhrweges mit dem Gesicht dem Erdboden zugewendet. Bei seinem Kopf befand Försters lag tot sein Hund, der einen Schuß aufwies. Eine Schußwaffe wurde bei dem Toten nicht gefunden. Sämtliche Anzugtaschen des Försters waren leer. Man fand lediglich einen Bleistift. Ob der Tod durch Schuß- oder Hiebverletzungen eingetreten ist, konnte bei der vorläufigen Untersuchung noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Die genaue Todesursache wird erst die am Dienstag stattfindende Obduktion ergeben. Mendel hatte sich am Sonntag nachmittag zu einem Streifgange von Hause entfernt. Etwa eine Stunde später wurden drei Schüsse gehört. Ob sie Mendel galten, steht noch nicht fest. Der Tote war 51 Jahre alt, verheiratet und hat einen 12jährigen Sohn.

Fahrlässige Tötung oder Mord?

Cosel, 29. November.

Am Sonnabend früh wurde in Krzanowitz auf dem Hofe des Dominiums der 23jährige ledige Arbeiter Paul Friedek aus Krzanowitz erschossen aufgefunden. Bisher ist nicht einwandfrei festgestellt, ob ein Verbrechen oder fahrlässige Tötung vorliegt.

Friedek hatte am Freitagabend mit dem 27 Jahre alten verheirateten Schuhmacher Josef Konieczek aus Krzanowitz in einer Gastwirtschaft gezecht. Zwischen 20 und 21 Uhr verließen beide das Lokal und begaben sich durch den Park auf den Heimweg. Konieczek hatte eine 7,65-Millimeter-Mauserpistole bei sich. Nach seinen Angaben haben beide im Park je einen Schuß abgefeuert. Konieczek steckte dann die Waffe wieder in die Jackettasche. Auf dem Dominiumhof zog er sie abermals. Angeblich war sie nicht gesichert. Nach seiner Aussage entlud sich die Pistole, und Friedek wurde tödlich getroffen. Konieczek will angetrunken gewesen sein und nicht gewußt haben, daß die Waffe geladen war. Nach der Tat lief K. in den Park zurück und versteckte die Waffe. Dann begab er sich in seine Wohnung und legte sich zu Bett. Die Waffe und eine abgeschossene Patrone wurden vorgefunden. — Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Ratibor, der Landjägerei und der Mordkommission werden fortgesetzt.

Liegnitz

Im Rahmen des Winterprogramms des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker, Ortsgruppe Liegnitz, spricht am Freitag, den 2. Dezember, 20 Uhr, im Volkshaus, Dr. Fritz Sternberg (Berlin), über: „Die Weltwirtschaftskrise". Gewerkschafts- und Parteigenossen können durch unsere Genossen vom Buchdruckerverband als Gäste eingeführt werden. Versäume niemand diesen Abend.

Aus Wirtschaftsnot begehen 598 Familien Selbstmord

Tokio, Ende November

Nach Feststellung von charitativen Verbänden Tokios haben im Laufe der letzten zwei Jahre 598 Familien aus wirtschaftlicher Not Selbstmord begangen. Insgesamt sind 1419 Personen freiwillig aus dem Leben geschieden.

Diese geradezu erschütternden Zahlen zeigen, daß auch in Japan die Krise sich immer weiter verhielt, und daß in Japan, welches sich ja in den letzten Jahren zu einem modernen kapitalistischen Lande entwickelt hat, die Widersprüche des kapitalistischen Systems mit eben derselben Schärfe zutage treten, wie in den anderen Ländern.

Eisenbahnfähren über den Ärmelkanal

London, 28. November.

Den Blättern zufolge hat die Southern Railway beschlossen, einen Eisenbahnfährdienst zwischen Dover und einem französischen Hafen, wahrscheinlich Dünkirchen, einzurichten. Mit der Fähre sollen hauptsächlich Güterzüge befördert werden, um das zeitraubende und kostspielige zweimalige Umladen von Waren zu vermeiden. Die Fährboote, von denen drei gebaut werden sollen, werden aber auch imstande sein, Fahrgäste zu befördern. Der neue Dienst solle im Sommer 1934 beginnen.

Erdbeben in Chile

Santiago de Chile, 29. November.

Die Provinz Coquimbo ist heute von einem Erdbeben heimgesucht worden, das so heftig war, daß auch in Santiago selbst Erdstöße verspürt wurden. Eine ganze Anzahl von Personen ist verletzt. Der Sachschaden ist beträchtlich.

Die Schiffahrt auf dem Panama-Kanal eingestellt

Balboa, 29. November.

Die Schiffahrt auf dem Panamakanal mußte infolge Hochwassers eingestellt werden, das durch die großen Wassermengen des Chagres-Flusses verursacht worden ist.

Durch stürzende Kohlen getötet

Hervest-Dorsten, 29. November.

Im Flöz 10 der Zeche Fürst Leopold in Hervest, durch einbrechende Kohlen- und Steinmassen getötet worden. Der Gebirgsschlag war so heftig, daß er auch über Tage zu spüren war.

„Heluan" auf Grund geraten

Konstantinopel, 29. November.

Der 7000 Tonnen große Expreßpassagierdampfer des Lloyd Triestino „Heluan" ist auf dem Wege von Stambul nach Triest an der europäischen Küste der Dardanellen auf Grund gelaufen. Alle Bemühungen, das Schiff flott zu machen, waren bisher vergeblich.

Retorte explodiert

Göttingen, 29. November.

Im Physikalisch-chemischen Institut der Universität explodierte bei einem Experiment eine dickwandige Retorte aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache. Ein Assistent und eine Assistentin erlitten durch die umherfliegenden Glassplitter schwere Verletzungen am Gesicht und an den Händen.

Piccard plant neue Stratosphärenflüge

Brüssel, 29. November.

Professor Piccard plant zwei neue Stratosphärenflüge, die er aber nicht selbst ausführen will. Der erste Flug soll im nächsten Sommer von Belgien aus unternommen werden, und zwar will Piccards Begleiter, Cosyns, versuchen, einen neuen Höhenrekord aufzustellen. Der zweite Flug soll im Jahre 1934 in der Nähe des Nordpols nördlich der Hudson-Bay unternommen werden und der Erforschung der durch den Magnetismus der Erde abgeleiteten kosmischen Strahlen dienen.

STADTTHEATER

Mittwoch, 20 — gegen 22.30
Abonn.-Vorst. F 6
Der Zarewitsch

Donnerstag, 19.30 — gegen 23
Der Teufelsreiter

Freitag, 20 — gegen 22.30
Tosca

Besucht das „Proleion"
Arbeiter-Sport-Kartell

LOBETHEATER

Täglich 20.15 — 22.10 Uhr
Der große Heiterkeitserfolg!
Komödie der Irrungen

Sonnabend, 20.15 u. täglich
Zum 1. Male!
Bargeld lacht

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15—22.15
Gastspiel der
„Vier Nachrichter"
Der satirische Lacherfolg!
Hier irrt Goethe

Rund um den Strelasund!

Stralsund hat augenblicklich seine Sensationen. Eine Neuigkeit jagt die andere, SPD und KPD stehen zur Zeit im besonderen Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Seit einigen Tagen wird vor der hiesigen großen Strafkammer über die Vorgänge am 19. Juli, anläßlich der Anwesenheit Hitlers in Stralsund verhandelt. Es handelt sich um den „Polizeisturm auf das SPD-Kinderlager in Negast", wobei der Lagerleiter, Lehrer Krull-Greifswald erschossen wurde. In diesem Prozeß treten so allerlei Widersprüche auf. Eine für die Angeklagten sehr üble Rolle spielt der Polizeileutnant Braun-Stettin, der seiner Zeit die Polizeiaktion geleitet hat. Aber auch einige SPD-Prominente spielen als Inhaber der sogenannten „Machtpositionen" eine recht unglückliche Rolle. Wir werden nach Abschluß des ganzen Prozesses zusammenfassend über das Ergebnis berichten, da grundsätzliche Erwägungen dazu zwingen.

Die sogenannte „Revolutionsspielerei" ist der hiesigen KPD wieder einmal zum Verhängnis geworden. Die ganze falsche revolutionäre Taktik der KPD wird an diesem Vorgang wieder einmal sehr deutlich demonstriert. Wie wir vor kurzer Zeit berichteten, wurden zwei KPD-Funktionäre als Einbrecher erwischt. Durch dieses Vorkommnis fiel der Polizei bei Haussuchungen sehr belastendes Material in die Hände. Ein bis in alle Kleinigkeiten ausgearbeiteter „Umsturzplan" wurde gefunden. 16 KPD-Funktionäre wurden verhaftet und einige Tage festgehalten. Das Material und das Ergebnis war so, daß es der Oberreichsanwaltschaft in Leipzig zugeleitet wird. Es kann garnicht scharf genug verurteilt werden, daß Funktionäre einer revolutionären Partei so verantwortungslos handeln und solches Material dem Zugriff der Polizei preisgeben. Solches gefundene Material kann nur dazu beitragen, daß das beabsichtigte Verbot der KPD immer wahrscheinlicher wird. Hoffentlich lernen die Anhänger der KPD aus diesen Vorgängen und tragen dafür Sorge, daß eine Aenderung der Taktik erzwungen wird, wenn nicht die ganze revolutionäre Arbeiterschaft in Mitleidenschaft gezogen werden soll. Der Kampf um die Vorbereitung der Revolution darf nie und nimmer mit solchen „Revolutionsspielereien" geführt werden.

Der Kampf der Reaktion um die „Säuberung der Amtsstellen vom Marxismus" hat hier auf das Arbeitsamt übergegriffen. Einige SPD-Anhänger sind schon als Opfer erwischt worden, und nun hat man sich den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Streuffert, der als Abteilungsleiter Dienst tut, vorgenommen. Vorläufig hat man ihn beurlaubt, aber an seiner endgültigen Entlassung wird wohl nicht zu zweifeln sein. So bekommen die reformistischen Führer den Lohn für ihre jahrelange Unterstützung der Feinde der Arbeiterklasse. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. Als aber die oppositionellen Gewerkschafter schon vor vielen Monaten auf diese Absichten und Möglichkeiten hinwiesen, wurden sie verlacht. Man berief sich immer auf die Machtpositionen und tut es heute noch. Sehr viele führende SPD-Genossen, welche sich in solchen angeblichen Positionen befinden, wollen oder können die Situation nicht erfassen.

Für diese Stellungnahme brachte die letzte Mitgliederversammlung des hiesigen Baugewerksbundes den schlagendsten Beweis. Auch hier führten unsere Genossen wieder eine grundsätzliche Diskussion über den „Freiwilligen (?) Arbeitsdienst" und die Kapitulation des Bundesvorstandes des DBB vor dem ADGB herbei. Die Reformisten traten aber mit Auffassungen auf den Plan, welche mit aller Deutlichkeit zeigten, daß hier verkalkte Gehirne vorhanden sind, welche rettungslos verloren sind. Erfreulicherweise ist aber festzustellen, daß der Ansatz zu einer stärkeren grundsätzlichen Oppositionsbildung vorhanden ist. Einzelne Diskussionsredner, die sonst nicht zur SAP gehören, sondern zum Teil SPD-Mitglieder sind, machen sich unsere Auffassungen bereits zu eigen. Hieran erkennen wir ganz deutlich, daß diese systematische Gewerkschaftsarbeit intensiv fortgeführt und verstärkt werden muß. Die Revolutionierung der Gewerkschaften ist eine vordringliche Aufgabe und gelöst kann sie nur durch die SAP werden. Betrachten wir diese Arbeit nicht als überflüssig, wenn sie uns auch manchmal als momentan erfolglos erscheinen mag. Sondern: Vorwärts für die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit!

—urg.

Bundestagverlegung im Arbeiter-Turn- und Sportbund?

Wie aus der letzten Nummer der „Arbeiter-Turn- und -Sportzeitung" hervorgeht, hat der Bundesvorstand am 15. Oktober den Beschluß gefaßt, einer „Kreisvertretertagung" im Februar 1933 die Verlegung des für 1933 fälligen Bundestages auf 1934 zur Beschlußfassung zu empfehlen. Der Genosse Kreuzburg hat als verantwortlicher Redakteur der „Arbeiter-Turn- und -Sportzeitung" die Aufgabe übernommen, diesen Beschluß vor der Mitgliedschaft zu rechtfertigen und zu begründen. Die Art, wie er diese Aufgabe zu lösen versucht, läßt erkennen, daß es ihm dabei nicht besonders wohl zumute ist.

Zunächst verweist er auf die Tatsache, daß, außer in den Kriegsjahren, in dem fast 40jährigen Bestehen des Bundes die Bundestage alle zwei Jahre stattgefunden haben. Nur eine Ausnahme ist in dem Jahre 1923 infolge der rasenden Geldentwertung, die keinerlei Dispositionen ermöglichte, gemacht worden. Kreuzburg kommt zu der Auffassung, daß gegenwärtig die Verhältnisse ähnlich wie im Jahre 1923 liegen. Er sagt das mit folgenden Worten: „Sind nicht ähnliche Verhältnisse auch jetzt da, haben wir nicht wieder eine Inflation, eine Inflation der Arbeitskraft? Haben wir nicht einen finanziellen Niedergang der Vereine und seiner Mitglieder zu verzeichnen, wobei wir anerkennen wollen, daß der Widerstand dagegen ein recht zäher war auf Grund des Solidaritätsbewußtseins im Arbeitersport. Aber mit dem großen Heer der Arbeitslosen müssen wir noch eine Weile rechnen. Es ist da und läßt vorwärtsweisende Beschlüsse eines Bundestages nicht zu."

Wir möchten an den Genossen Kreuzburg die Frage richten, ob er bzw. der Bundesvorstand ernsthaft der Meinung ist, daß im Jahre 1934 die Arbeitslosigkeit sich derart vermindert hat, daß „vorwärtsweisende Beschlüsse eines Bundestages" — wie er es auffaßt — möglich sind? Nach unserer Meinung ist eine solche Begründung echt reformistisch. Wir möchten dabei nicht unterlassen, auf den Begründungsartikel von Otto Wels zur Einleitung der „sozialistischen Aktion" zu verweisen, in dem er ausführt, daß die sozialistischen Theoretiker sich nach langem Streit einig geworden seien, daß die gegenwärtige Niedergangskrise des Kapitalismus eine Dauerkrise ist, aus der innerhalb des Kapitalismus kein Ausweg existiert. Da der ATuSB ein Teil der Eisernen Front ist, ist anzunehmen, daß von den verantwortlichen Instanzen diese Auffassung geteilt wird. Die Begründung der Arbeitslosigkeit scheint uns, abgesehen von unserer eigenen Auffassung, durch die Stellungnahme des „Führers" der Eisernen Front erledigt.

Wir fordern von dem Bundesvorstand Einleitung einer Urabstimmung in der Mitgliedschaft, denn ein derartig weittragender Beschluß kann nicht nur vor einer Kreisvertretertagung gefaßt werden, sondern muß sich auf den Willen der Gesamtmitgliedschaft stützen, zumal ja, wie Kreuzburg ausführt, es sich nicht nur um die Verlegung des Bundestages, sondern zugleich auch um die Verlegung der entsprechenden Körperschaftstagungen in den unteren Organisationseinheiten handelt. Er sagt das wie folgt: „Zu den notwendigen organisatorischen Regelungen für 1933 und bis zum Bundestag 1934 sollte darum die Kreisvertretertagung genügen, und die Kreise können sich wohl ohne Schaden in gleicher Form umstellen. Wir befinden uns bei einer Verlegung des Bundestages außerdem noch in guter Gesellschaft mit Gewerkschaften und anderen Organisationen."

Die Berufung auf die Haftung der „Gewerkschaften und anderer Organisationen" ist kein Argument, denn dieser Hinweis ist höchstens ein Beweis für die tiefgehenden Wirkungen der Krise in den Arbeiterorganisationen, nicht aber ein Argument zur Verlegung des Bundestages.

Wir sehen aus dem Ganzen, daß die Krisenwirkung unerbittlich auch die Arbeiterorganisationen erfaßt. Nicht Verlegung von Bundestagen, sondern Vorbereitung zum Sturz des Kapitalismus muß die Parole sein. Wir fordern Kampf, aber kein Ausweichen, denn der Kampf ist unvermeidlich. Die Position der Arbeiterorganisationen muß aber zwangsläufig verschlechtert werden, immer wieder, wenn die Führung vor der Auseinandersetzung Schritt für Schritt zurückweicht.

Der böswillige Ochsenkopf

Wie wir bereits berichteten, wurde die „AIZ" wegen Abdrucks eines Gedichtes von Erich Weinert bis zum 11. Dezember verboten. Das Gedicht, das den Titel „Der von der höheren Warte" trug und unter dem wohlgelungenen Porträt eines schweizerischen Ochsenkopfes mit Kuhglocke abgedruckt war, hat zwar mit keinem Wort auf eine deutsche Staatseinrichtung, ja nicht einmal auf konkrete Zustände der menschlichen Gesellschaft Bezug genommen, trotzdem ist es vom Polizeipräsidium als Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der Reichswehr angesehen worden.

Der Neue Deutsche Verlag hat gegen dieses Verbot sofort Einspruch erhoben. Der Rechtsvertreter des Verlages, Rechtsanwalt Rudolf Olden, zerpflückt in seinem „Einspruch" alle Argumente des Polizeipräsidiums. Er verweist auf den kürzlich in zweiter Instanz verhandelten Prozeß gegen den Herausgeber der „Weltbühne", Carl von Ossietzky, der mit der Begründung freigesprochen wurde, daß die Reichswehr nicht getroffen sei, wenn der Krieg mit „Schlächterei" und ähnlichen Ausdrücken bezeichnet werde. Ossietzky war wegen des Satzes „Soldaten sind Mörder" angeklagt worden und wurde freigesprochen, weil die Reichswehr keine aktive Legitimation zum Strafantrag wegen einer so allgemeinen Behauptung besitze. Das Gedicht von Weinert besitzt aber nicht einmal diesen allgemeinsten Charakter, durch den sich auch deutsche Soldaten mitbetroffen fühlen könnten, — ganz abgesehen davon, daß, wie Olden nachweist, der Krieg zu allen Zeiten als Mord und als Schlächterei bezeichnet wurde, und zwar nicht nur von prinzipiellen Kriegsgegnern oder Pazifisten, sondern auch von „ruhmvollen und um die Landesverteidigung hochverdienten Generalen".

Daß die satirische Form, die Wahl eines Beispiels aus dem Tierreich, als „Beschimpfung in besonders roher Form" und als „niedrige Gesinnung" gewertet werden könnte, das zu finden, blieb erst unserer Zeit vorbehalten. Die berühmtesten deutschen Dichter haben in der Zeit der schwärzesten Metternich-Reaktion ihre scharf satirischen Tierfabeln ungehindert schreiben und drucken können.

Wie schwach muß sich ein System fühlen, das nicht einmal eine satirische Dichtung erlauben kann, ohne sich gefährdet zu sehen! Wie jämmerlich ist es um eine Ordnung bestellt, die gegen ironische Verse das grobe Geschütz von Verboten auffährt.

Breslauer Volksbühne, e. V.

Breslauer Volksbühne. Die 4. Vorstellungsreihe der Film-Gemeinde, für die der Film „Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin (Das erste Recht des Kindes)" vorgesehen ist, beginnt im Gloria-Palast erst am Montag, den 5. Dezember (nicht — wie in „Kunst und Volk" angegeben — schon am 2. Dez.). Die Abteilungen 7, 1 bezw. 2 der Film-Gemeinde haben ihre Vorstellung am 9., 10. bezw. 11. Dezember. Anmeldungen für die Film-Gemeinde werden noch jederzeit in der Geschäftsstelle, Schweidnitzer Straße 8a, entgegengenommen. Der Einheitspreis der Gemeinde beträgt für 5- und 7-Uhr-Vorstellungen 70 Pfg., für 9-Uhr-Vorstellungen 1 Mk.

•

Monistische Gemeinde, Breslau, Grünstraße 14/16, Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit.

Mittwoch, den 30. November, 20 Uhr, Kursus-Abend E. Machek. „Die Welt des Kleinsten." Diese Einführungen in die Mikrobiologie wird durch mikroskopische Präparate veranschaulicht. Karten an der Kasse

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate Herbert Scholz, Breslau. Verlag Max Rausch Breslau. Lohndruck Th. Schatzky AG., Breslau Neue Graupenstraße 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02

Planitz

Nachträglich bringen wir die betrübliche, uns allen noch heute unglaubliche Nachricht, daß unsere uns allen unvergeßliche unsagbar liebevolle

Alinde Marie Kluge

geb. **Hummel**

am 23. November 1932, 12.15 Uhr (eine Woche nach ihrem 24. Geburtstag) ganz plötzlich und allen viel zu früh, im Kreiskrankenstift Zwickau verschieden ist.

Die herzliche Teilnahme bei der am 26. November 1932, 10 Uhr, erfolgten Einäscherung beweist uns, daß dieser schwere Schlag nicht nur bei den Angehörigen, sondern bei allen Bekannten tiefe Wunden riß.

All' denen, die durch Aufmerksamkeit und Teilnahme uns zu trösten versuchten, sagen wir hierdurch aufrichtigen Dank.

Planitz, im November 1932.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ohne Geld durch Südamerika

Erlebnisse von Erich Türpe

Nun war ich allein im Urwald

Mühsam bahnte ich mir, das lange Buschmesser in der Faust, längs des Flusses den Weg. Alle hundert Meter etwa mußte ich kleine, aber tiefe Gebirgsbäche überqueren. Stundenlang hatte ich mich geplagt und war nur langsam vorwärts gekommen, als ich endlich eine lichte Stelle erreichte, an der viel Bambus stand. Hier fällte ich Bambusrohre und baute mir daraus ein Floß. Die einzelnen Stücke band ich mit Lianen (Baumwurzeln) zusammen.

Nach Stunden angestrengtester Arbeit hatte ich es geschafft. Mein Floß war fahrbereit. Der Fluß machte in meiner unmittelbaren Nähe eine Biegung. Vielleicht 150 m mochte ich auf dem ziemlich reißenden Strome geschwommen sein, als ich auf einen Felsen stieß. Das Floß barst auseinander und ich fiel ins Wasser. Mein Kleiderbündel vermochte ich noch mit Mühe und Not zu retten, aber dann versank ich noch einmal im Morast und mein Segeltuchschuh blieb stecken. Ich wagte es nicht, ihn herauszuholen, weil mich dann vielleicht der Sumpf verschlungen hätte. Als ich meine Streichhölzer suchte, mußte ich feststellen, daß sie ebenfalls verlorengegangen waren.

Ich befand mich also in einer trostlosen Lage und hatte nicht einmal die Möglichkeit, ein Feuer anzustecken, um meine Kleider zu trocknen und mich zu erwärmen. Es gab keine andere Lösung mehr, als schleunigst den Rückweg anzutreten. Nachts erreichte ich meine Lagerstätte, alles lag in tiefem Schlaf. Ich weckte meine Arbeitskollegen; sie freuten sich, als sie mich wiedersahen. Der Administrator hatte sich nämlich, als er mich nicht zur Arbeit erscheinen sah, dahingehend geäußert, es sei ganz zwecklos, nach mir zu suchen: entweder kehrte ich nach spätestens zwei Tagen zurück oder ich müßte im Urwald elend zugrunde gehen. Denn höchstens wagte es ein Eingeborener, auf diese Weise auszukneifen.

So konnte ich noch froh sein, daß die Sache so halbwegs glimpflich abgelaufen war.

Schrecken des Urwaldes

Von den Gefahren des Urwaldes bekam ich kurze Zeit später einen Begriff, als mir deutsche Kolonisten, die in einiger Entfernung von unserem Lager wohnten, einige Erlebnisse berichteten. Erst vor kurzem waren zwei Kinder im Alter von 7 und 9 Jahren ohne Wissen der Eltern aus der Nähe ihres Hauses fortgegangen. Als die Eltern heimkamen und ihre Kinder nicht vorfanden, wurden sämtliche Kolonisten alarmiert, aber trotz eifrigster Suche war keine Spur zu finden, und die Kinder mußten ihrem Schicksal überlassen werden. Zwei Monate später stieß ein brasilianischer Waldläufer zufällig auf die umschlungenen Gerippe der Kinder, die in einer Entfernung von kaum ¾ Stunden vom Elternhause lagen und vollkommen von Ameisen abgenagt worden waren. Ein kleiner Beweis, wie gefährlich es ist, sich ohne Kompaß oder Zeichen in den Urwald zu wagen! Von dem, was der Urwald alljährlich an Menschenopfern fordert, kann man sich schwer eine Vorstellung machen.

Die Kolonisten beobachteten von Zeit zu Zeit, wie Leichen den Fluß abwärts trieben. Dies findet seine Erklärung darin, daß im Alto-Parana-Gebiet noch Zustände herrschen, die an die Zeiten des Sklaventums erinnern. In den Portos (Niederlassungen) kommt es häufig vor, daß die Verwalter, wenn sie Alkohol getrunken haben, unbeschreibliche Roheiten gegen die Arbeiter begehen. Nachts scheuchen sie sie vom Schlaf auf und treiben sie mit Axt, Buschmesser und Pistole unter Peitschenhieben zum Baumfällen. Widersetzt sich einer diesem Befehl, so wird er kurzerhand niedergeknallt. Da ist es kein Wunder, daß viele Familien über den Verbleib ihrer Angehörigen, die in einer solchen Niederlassung gearbeitet hatten, nichts in Erfahrung bringen können.

Mit diesen deutschen Kolonisten, die in unserer Nähe wohnten, wurde ich bekannt. Einem von ihnen, einem Deutsch-Brasilianer, klagte ich mein Leid wegen des geringen Verdienstes und besonders wegen der Schulden, die ich erst in jahrelanger Arbeit abdecken konnte. Er machte mir den Vorschlag, mit ihm Bretter zu sägen, da auch er zur Administration in einem Schuldenverhältnis stand und zur Abdeckung dieser Verpflichtungen Bretter lieferte. Er sicherte mir eine gute Bezahlung zu, und da der Administrator einverstanden war, siedelte ich in diese Kolonie über.

Dort wurde ich bald Zeuge eines Ereignisses, das auch wieder die Gefahren des Urwaldlebens beleuchtet. Ich wohnte bei dem Kolonisten. Eines Abends hatten wir uns zur Ruhe begeben, als mitten in der Nacht die Frau an ihrem Bett ein klapperndes Geräusch vernahm. Bei dem hereinfallenden Mondschein stellte sie entsetzt fest, daß sich auf ihrem Bett eine Klapperschlange zusammengerollt hatte. Nur ganz leise konnte sie ihren Mann anstoßen. Kurz entschlossen stand dieser auf, nahm sein Buschmesser und hieb mit einem Zuge der Schlange den Kopf ab. Hätte er einen Fehlschlag getan, so wäre es um das Leben seiner Frau geschehen gewesen. Wir konnten nachher feststellen, daß die Schlange 1,20 m lang und etwa 12 Jahre alt war.

Die Arbeit in dieser Kolonie war noch viel schwerer als die frühere, aber sie ermöglichte mir, meine Schulden zu zahlen und das Geld für die Rückfahrt und eine weitere kleine Summe zurückzulegen. So konnte ich nach einigen Monaten den Gran Chaco verlassen und nach Encarnation zurückkehren.

(Fortsetzung folgt.)

Letzte Reden im Bullerjahn-Prozeß

(Eigener Bericht der „SAZ")

Leipzig, 29. November.

Heute nahm Professor Dr. Sinzheimer, der zweite Verteidiger Bullerjahns, das Wort zu seinem Schlußvortrag. Seine Ausführungen, getragen von großer Sachkenntnis hinsichtlich der Werkspionage, trugen zur Abrundung des Bildes und zur Erhärtung des Unschuldbeweises bedeutend bei.

Von den fünf Fingern, die auf Bullerjahn weisen, so führte Sinzheimer aus, ist äußerstenfalls der kleine Finger übrig geblieben. Dieser kleine Finger heißt Horstweg. Nun gibt Sinzheimer eine so überzeugende Darstellung der Horstweg-Angelegenheiten und der Unschuld Bullerjahns gerade auch in diesem Punkt, daß er am Schluß mit Recht sagen kann: Damit ist auch der kleine Finger gesunken.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen beschäftigt sich Prof. Sinzheimer mit Gontard. Dem Feind im Dunkeln muß man erliegen. Drei Punkte sind als klare Unwahrheiten in den Aussagen Gontards festzustellen: 1. die Angabe der englischen Quelle, 2. die Geheimhaltung und 3., daß er seinen Bekundungen keine Bedeutung beigemessen habe. Warum dies alles geschehen sei, sei jetzt noch nicht aufzuklären. Aber der Mann, der sich verdecke, hat etwas zu verdecken.

Zum Schluß fordert Sinzheimer, Recht und Wahrheit müssen wieder vereint werden in der Rechtsprechung. Die Angst um die Staatsraison habe beide getrennt und damit getötet.

Eine nun stattfindende Replik des Reichsanwalts Nagel war so schwach in allen Punkten, daß sich Rechtsanwalt Gen. Dr. Rosenfeld längere Bemerkungen ersparen konnte. Rosenfeld betonte, die Reichsanwaltschaft sei selbst nicht mehr von der Schuld des Angeklagten überzeugt, sie halte nur aus Prestige-Gründen am Urteil fest.

Es erhebt sich dann Bullerjahn zum Schlußwort. „Ich bin unschuldig. Nie habe ich mit den mir zur Last gelegten Dingen etwas zu tun gehabt."

Damit waren die Verhandlungen des Reichsgerichts, welche sich nahezu vier Wochen hinstreckten, beendet. Die Urteilsverkündung wird am Sonnabend erfolgen.

Vor der Urteilsverkündung im Bullerjahn-Prozeß

Lagerverw. Bullerjahn (rechts) sieht jetzt dem endgültigen Urteilsspruch des Reichsgerichts entgegen. Der Reichsanwalt Dr. Nagel hat die Anklage des Hochverrats auch nach der neuen Verhandlung voll aufrecht erhalten, während der Verteidiger Bullerjahns, Genosse Rosenfeld (auf unserem Bilde links) erneut alle Indizien, die für Bullerjahns Schuld sprechen, entkräftigt hat.

Das Buch

H. G. Wells: „Die Geschichte unserer Welt". Paul Zsolnay Verlag, Berlin.

Um es vorweg zu nehmen, die Ausstattung dieses Buches ist geradezu hervorragend — und dies um so mehr, wenn man den billigen Preis — 3.75 RM — in Betracht zieht. 59 historische Karten und 53 teils mehrfarbige Abbildungen, die wirklich gut und sehr informatorisch sind, geben dem Buch seinen Reiz.

Zu dem aber, was Herr Wells uns unter dem Thema „Weltgeschichte" erzählt, müssen wir kritisch Stellung nehmen. Diese Kritik können wir in zwei Sätze zusammenfassen. Erstens: Herr Wells ist zwar ein bemerkenswerter Romanschreiber, aber ein schlechter Historiker. Zweitens: Herr Wells ist kein Marxist.

Und unserer Meinung — sie wird zwar nicht vom Bürgertum und von der herrschenden Wissenschaft geteilt — kann Geschichte nur ein Marxist schreiben. Zumindest sei festgestellt, daß ein Einzelner den Stoff der Weltgeschichte niemals allein bewältigen kann, dazu reicht die kurze Lebensspanne eines Einzelnen nicht hin.

So plaudert denn auch Herr Wells z. B. über deutsche Geschichte, ohne ein Wort deutsch zu verstehen, ohne somit auch nur eine einzige Quelle der deutschen Geschichte in ihrem Urtext zur Kenntnis genommen zu haben.

Gewiß, er vermeidet die Betonung des absolut Geistigen, die Erwähnung Gottes, die Hervorhebung des genialen Individuums, gewiß, er holt die traditionellen Helden der Geschichte des Götzen von ihrem Piedestal — er macht dies aber als typischer Vertreter der bürgerlichen Klasse, als Idealist. Er hat bis jetzt noch nicht entdeckt, daß es so etwas wie Klassengegensätze gibt.

Wir lächeln, wenn Herr Wells an der Stelle, wo er vom Sozialismus spricht und von den marxistischen Ideen behauptet, daß die praktischen Folgerungen des Sozialismus ein Unding wären.

„In Rußland auf die Probe gestellt, hat sich der Marxismus, wie wir noch des näheren berichten werden, als merkwürdig unschöpferisch erwiesen." (Wells.)

Nun, Herr Wells, die wirkliche Historie dürfte sie vielleicht inzwischen eines anderen belehrt haben, die Historie selbst unterzieht Sie auch in ihren anderen Geschichtserzählungen einer scharfen Kritik.

Einem Marxisten wird die Lektüre dieses Buches allerdings nicht schaden. Sie kann ihm als Schlüssel für die Gedankenwelt der Bourgeoisie dienen.

Zk.

Jeder Genosse, jede Genossin!

Wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdruckes, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

221

Und wenn die Bauern aus jenen „armen Dörfern", aus jener „dürftigen Natur" zu uns kommen, ungekämmt, schmutzig, geflickt und zerfetzt wie die uralten, erschöpften Felder, wenn sie mit ihrem Kummer, mit ihren Nöten in die Werkstatt, in die Mühle, oder abends in den Klub kommen, dann sagt ihnen Wjetrow mit sachlicher Beharrlichkeit und voller Stolz immer wieder:

„Wir haben hier ein Vielfeldersystem und Fruchtwechselwirtschaft.. Melioration... Und ihr brecht euch den Rücken mit eurem Dreifeldersystem. Wann werde ich euch endlich Vernunft beibringen, ihr verflixten Hunde? Ihr seid doch Bettler ohne Unternosen, nicht einmal eine Laus kann bei euch Unterschlupf finden. Tag und Nacht schuftet ihr, und ihr krepiert doch, verstümmelt und halb verfault. Wie viele Jahre beweise ich es euch schon mit Worten und in Taten: jagt dieses Zuchthausleben endlich einmal zum Teufel. Es schaut doch nichts dabei heraus, ihr rackert euch nur zu Tode. Das Leben muß umgebaut werden. Ein neues Leben muß mit gemeinsamen Kräften gebaut werden.... in einer Linie mit der Partei, mit dem Staat muß man gehen..."

Die Bauern starren dumpf und halsstarrig auf die Füße und brummen:

„Je, ja, Wjetrow.... es stimmt, wer ist denn sein eigener Feind?... Aber... sag selbst, was sollen wir anfangen? Daß in unserer Lage das Leben bitter ist, ist selbstverständlich... Ihr habt viel, vie—e—l Erde! Wie Gutsbesitzer!... Rund ist eure Erde... da kann der Wind spazieren gehen und der Himmel kann sich auf sie stützen... Wir aber haben so wenig, daß sich kein Gaul umdrehen kann, sogar für ein Grab ist es zu wenig.... Du warst doch selbst Bauer, weißt es selbst. Der Bauer ist an die Not gekettet, wie der Sträfling an seinen Karren...."

„Also hämmert es euch doch endlich einmal fest in den Schädel. Erde habt ihr genug, vereint sie, vertilgt die Grenzen und Raine. Im ersten Jahr werden wir bei euch pflügen, säen, ernten... Vielfeldersystem... Grassäerei... Superphosphate... Dann schafft ihr euch Maschinen an... Ja, nun? Ihr werdet es schon einrichten. Der Staat wird euch mit allen Kräften helfen. Wir werden zusammenarbeiten, zum allgemeinen Nutzen... Denn jetzt ist euer Leben doch nur den betrügerischen Prozeßführern zum Nutzen... Sitzt man lange auf einem Fleck, so bleibt einem der Hintere nackt."

Die Bauern blicken mit störrischen, schlauen Aeuglein Wjetrow an und lachen in den Bart hinein:

„Du bist ein komischer Kauz, Andrej Ssemjonowitsch... Bei uns kommen nicht einmal Vater und Sohn auf einem Feld, in einer Hütte miteinander aus. Sie tun nichts anderes als aufteilen und immer wieder aufteilen. Mit unsereinem läßt sich kein Bier brauen: bei uns gibt's ja mehr Müßiggänger als Bremsen auf einem Pferd. Ich werde arbeiten, meinen Rücken krumm biegen, und er, der Müßiggänger, wird auf meinem Buckel sitzen, saufen und mich kahl fressen... Unser Bruder ist ein Luder..."

„Ach, was, sind wir denn aus einem anderen Teig geknetet? Wir haben ja ebenso wie ihr die Rücken krumm gebogen, und jetzt geht's doch. Was hatten wir nur alles von euch Hunden ertragen! ... Gebrandschatzt habt ihr uns und bestohlen... Und jetzt... wo habt ihr im ganzen Umkreis so eine Wirtschaft wie unsere? Sie ist der Stolz unseres Landes. In den Zeitungen schreibt man über sie... in Moskau.."

Wjetrow beschäftigt sich gemeinsam mit seinem Aktiv hartnäckig und unermüdlich mit den Bauern, er beruft Versammlungen im Klub ein, gibt Rechenschaftsberichte, agitiert, bearbeitet die Bauern einzeln und verfolgt stets eine Linie: das alte Leben muß umgebaut werden — es gibt keinen anderen Ausweg. Er führt ganze Gruppen von Bauern und Bäuerinnen durch unsere Felder, zeigt ihnen unsere Errungenschaften: die Bearbeitung der Felder, die Fruchtbarkeit, die Größe der Aehren, die Samen, die Futterrüben, die Kartoffelsetzlinge, die mit Gras besäten Flächen, die Maschinen, das Zuchtvieh, die Molkerei. Er füttert sie in unserem gemeinsamen Speiseraum, organisiert Klubabende und zwingt sie, Radio anzuhören...

Immer häufiger höre ich erstaunte Seufzer:

„Da ist nichts zu sagen... Errungenschaften habt ihr auf der ganzen Linie... Wir müssen uns entschließen... Lang genug haben wir gegrübelt... geschaffen haben wir nichts."

Die Frauen sind von unserer Krippe, vom Kindergarten verblüfft. Wie Lämmer drängen sie sich zusammen und starren uns an, stöhnen verlegen, mißtrauisch und mißbilligend. Sie kehren besiegt nach Hause zurück, bleiben aber eigensinnig bei ihrer bäuerlichen Anhänglichkeit für das eigene Nest.

„Sehr schön ist alles, aber... Furchtbar schwer ist's... Ja, ja, das eigene Nest soll zerstört werden... Ist es auch schlecht... so ist's doch das eigene... Wir müssen mal schauen... Was die anderen tun, tun wir auch... Den Kindern geht's bei euch besser als bei uns... Sauber sind sie und satt... Wenn wir es so weit brächten... Dann... aber der eine tut dies, der andere das... So fremd ist uns alles... Die Frauen glotzen wie die Eulen..."

In meinem Zimmer

Wjetrow kommt fast jeden Abend zu mir. Er hat sich seit meiner Ankunft daran gewöhnt, täglich, wenn auch nur für einige Augenblicke, zu mir zu kommen. Er setzt sich an den Tisch, schweigt eine Zeitlang, als horche er in sich hinein, und in solchen Augenblicken sieht er aus, als ob er für sein ganzes Leben erstarrt sei, erbittert und in einen quälenden Widerspruch versunken, den zu überwinden er nicht die Kraft hat. Warum ist er in seinem persönlichen Leben ein so willenloser, schüchterner, verschreckter Mensch? Er weiß doch sehr genau, daß es unmöglich ist, einen strammen Organisator, einen standhaften Kommunisten, der zu sich und den anderen streng ist, mit so einer Schlaffheit, so einer kläglichen Charakterlosigkeit im eigenen Leben zu vereinbaren. Er weiß, daß seine Autorität schwankt, daß er den Genossen kein Vertrauen einflößt, er weiß, daß der Augenblick kommt, wo man Rechenschaft von ihm fordern wird: entweder er ist ein Muster für die Kommunare oder er verläßt die Kommune. Man darf von den anderen nichts verlangen, was man selbst nicht erfüllt. Er klagt niemals: er spricht ausschließlich über die Wirtschaft, über seine Pläne, über die Kontrollziffern, über die Organisierung von Kollektivwirtschaften in der Umgebung, über den Bau neuer Häuser für Wohnungen, für die Schule, für die Kinderanstalten, über die Elektrifizierung, über die Kultur des Alltags, über kommunistische Erziehung. Das elektrische Kraftwerk — diese Idee beherrscht ihn ganz. Nur davon spricht er, nur dafür lebt er, und dieser Gedanke läßt ihm keine Ruhe.

Er steht auf der Schwelle, und ohne mich zu begrüßen, zeigt er auf meine Petroleumlampe; in seinen Augen ist Sehnsucht und Erregung.

„Ich kann dieses Stinklämpchen nicht mehr sehen. Am liebsten würde ich es aus dem Fenster schmeißen. Man muß sich aber gedulden. Vorläufig ist da nichts zu machen. Wir werden unbedingt ein Kraftwerk bauen. Wir werden uns alle Teufel und Fledermäuse vom Hals treiben. Dieses verflixte Zeug steckt noch tief in einem jeden von uns..."

Ich fasse seine letzten Worte als Anspielung auf.

Nach meiner Begegnung mit seiner Frau tat er, als habe er keine Ahnung davon, die Frauen unseres Wohnhauses erzählten mir aber, daß die Wjetrowa durch das ganze Haus gebrüllt, daß sie mich mit den gemeinsten Schimpfworten bedacht und alle jungen Kommunarinnen und Mädels mit Unflat überschüttet hatte. Er redete ihr damals, die Kinder auf dem Schoß haltend und sie liebkosend, gütlich zu, sie aber, durch seine Ruhe wild geworden, keifte, bis sie heiser wurde.

(Fortsetzung folgt.)

KPD-Weisheiten zur Gewerkschaftsarbeit

Es ist uns großes Heil widerfahren, die „Gewerkschaftsspezialisten" der KPD beginnen sich mit unserer Gewerkschaftsarbeit „auseinanderzusetzen". Bisher gab es immer nur ein mitleidiges Achselzucken für unsere Gewerkschaftsarbeit.

Im November-Heft des Reichsorgans der RGO, „Betrieb und Gewerkschaft", beschäftigt sich W. Florin unter dem Titel „Zur Frage zwingt die Bonzen" mit der SAP. (Der Artikel hat inzwischen die Runde durch die KPD-Presse gemacht.) Er stellt die Frage: „Können wir Forderungen an die Gewerkschaftsbürokratie in den freien und christlichen Gewerkschaften stellen?" und bejaht dies nach einigen Drehungen und Wendungen. Er versetzt aber gleichzeitig der SAP einen Hieb, der nicht sitzt, weil praktisch unsere Taktik in den Gewerkschaften von dem Artikelschreiber anerkannt werden muß. Florin leitet seinen Aufsatz mit folgenden Worten ein:

„Wenn wir den Radikalinskis in der SAP-Führung Folge leisten würden, dann bestände unsere ganze Arbeit innerhalb der reformistischen und christlichen Gewerkschaften nur darin, hysterisch zu schreien „Zwingt die Bonzen zum Handeln!" Das haben wir seit Jahren von den Brandleristen gehört, deren „Spezialisten" auf gewerkschaftlichem Gebiet, Walcher und Enderle, deshalb auch keinen Unterschied zwischen der SAP- und der Brandlerpolitik mehr sahen und daher zu den „Radikalen" im Gehrock übergelaufen sind."

Nach diesem Gegeifre auf unsere Genossen Walcher und Enderle wird untersucht, ob man dann noch als richtiger Linienkommunist Forderungen an die Gewerkschaftsbürokratie richten könne, „ohne in den Sumpf der SAP-Politik zu geraten". Die Antwort lautet: „Das können wir nicht nur, sondern müssen wir jeden Tag immer erneut machen. Keine Forderungen stellen, wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht auf Entlarvung, Verzicht auf unmittelbaren Kampf mit dem Sozial-Faschismus an seiner organisierten Front."

Nachdem dies festgestellt ist, wird sofort erklärt, daß, wenn man den SAP-Gewerkschaftlern Folge leisten würde, dann die Unorganisierten in den Kampf nicht einbezogen würden. Mit dieser durch nichts bewiesenen Behauptung will Florin gleich wieder die Tatsache verwischen, daß sich die KPD-Führung gezwungen sieht, in einem entscheidenden Punkt der Gewerkschaftstaktik ihren bisherigen Unsinn zu einem — noch sehr kleinen — Teil aufzugeben und den von uns stets vertretenen Standpunkt, Forderungen an die Gewerkschaftsführung zu stellen, anzuerkennen. Aber seine Behauptung zeigt, daß er und seinesgleichen immer noch nicht begriffen haben, um was es hier geht. Denn es ist gerade umgekehrt. Wie alle Erfahrung lehrt, werden die Unorganisierten voll erst dann in den Kampf einbezogen, wenn es gelingt, innerhalb der Gewerkschaften durchzusetzen, daß der Kampf aufgenommen und durchgeführt wird. Wenn die Gewerkschaften streiken, streiken in der Regel auch die Unorganisierten. Aber die „bolschewistische Linie" gestattet natürlich nicht, das Richtige, von der SAP Vertretene, anzuerkennen. Und so wird aus dem einen Schritt vorwärts wieder ein Dreiviertelschritt zurück, zur Verneinung der innergewerkschaftlichen Arbeit.

Auf die Verneinung folgt sofort wieder die Bejahung:

„Vielfach haben unsere Freunde vergessen, durch Anträge und Forderungen die Gewerkschaftsbürokratie unter Druck zu setzen. Aber unter den Massendruck gestellt, ist ihr betrügerisches Manövrieren eingeengt und wird die Entlarvung für uns erleichtert. So erleichtern wir uns auch die selbständige Organisierung der Kämpfe. Die Arbeitermassen auf große Kämpfe richtig vorbereiten, ist aber ohne die erzwungenen Auseinandersetzungen an der innergewerkschaftlichen Front nicht einfach."

Man sieht, etwas haben die Florins doch schon gemerkt. Aber da sie nur ihre „selbständigen" Kämpfe im Auge haben, können sie sich die innergewerkschaftliche Arbeit nur als eine „Entlarvung" der Reformisten vorstellen, wobei, nebenbei bemerkt, meist nicht die Reformisten, sondern die RGO-Vertreter „entlarvt" werden. Aber die wirklich revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften durch Stellung von Forderungen und Anträgen gegenüber der Führung besteht gar nicht nur im Entlarven, sondern vor allem in dem ehrlichen Wollen, die Gewerkschaften zum Kampf, zum entschlossenen Handeln zu bringen.

Nur wer das will und erstrebt, kann die Gewerkschaftsmitglieder mitreißen, für seine Auffassung gewinnen und etwa widerstrebende Führer „zwingen", dem Willen der Mitglieder entsprechend zu handeln, oder aber, beim Weigern der Führer, erreichen, daß die Gewerkschaftsmasse über die Köpfe der Führer hinweg zur Aktion schreitet.

Wer aber, wie die RGO-Florins glaubt, die Forderungen und Anträge in den Gewerkschaften nur stellen zu müssen, um eine Basis für „selbständige' Aktionen neben und gegen die Gewerkschaften zu bekommen, der schätzt die Arbeiter in den Gewerkschaften für sehr dumm ein. Sie erkennen dann sehr schnell die RGO-Absichten, sehen darin mit Recht eine Zersplitterung und nehmen deshalb ihre Anträge und Reden gar nicht ernst.

Florins Weisheiten sind ein Musterbeispiel für die zwangsläufige Verwirrung in der Gewerkschaftsfrage, die geboren wird aus der künstlichen Aufrechterhaltung der RGO. Denn bezeichnend ist es, daß gerade Florin nicht mit einem Wort auf den BVG-Streik in Berlin eingeht. Denn dieser Streik war gerade ein Musterbeispiel, wie es trotz der guten Kampfstimmung der Belegschaft der RGO nicht gelungen ist, die Sabotage der Gewerkschaftsführung zu brechen. Ursache dieses Versagens war die schwache Stellung der Opposition innerhalb der Gewerkschaften durch Verschulden der wahnsinnigen kommunistischen RGO-Strategie. Ein „Gewerkschafts-Spezialist" wie Florin hätte an der Untersuchung des BVG-Streiks nicht vorübergehen dürfen. Doch die Tatsache, daß er vorbeigeht, beweist, auf wie schwachen Füßen die krampfhaften Bemühungen der RGO-Bürokraten stehen. RGO ist Krampf, klare innergewerkschaftliche Oppositionsarbeit Kampf.

Ein Musterbeispiel

für das Versagen der „Wirtschaftsdemokratie"

Unter der bescheidenen Ueberschrift „Neuernennung zum Verwaltungsrat der Reichsbahn" geht folgende WTB-Meldung durch die Presse:

Berlin, 28. November.

Die Reichsregierung hat die mit Ende des Jahres aus dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft ausscheidenden Mitglieder Dr. Welker, Dr. Schmitz, Dr. Silverberg, Herrmann und Kaiser wieder zu Mitgliedern des Verwaltungsrates ernannt.

Die Herren Dr. Welker, Dr. Schmitz, Dr. Silverberg sind die bekannten Trustmagnaten von Chemie, Stahl und Braunkohle. Uns interessiert hier vor allem Herr Herrmann. Er ist Vorstandsmitglied des freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverbandes und gilt als „Vertreter der Eisenbahnarbeiter" im Verwaltungsrat. Also ein richtiger Vertreter im Sinne der reformistischen „Wirtschaftsdemokratie" in einem unter „Staatskontrolle" stehenden „allgemeinwirtschaftlichen" Betrieb. Die Reichsbahn wird im ADGB-„Umbau"-Programm ausdrücklich als ein Muster und als Ziel der ADGB-Bestrebungen hingestellt.

Nun fragen wir die Eisenbahner, vor allem die sozialdemokratischen Kollegen:

Habt ihr in den 6 Jahren, seit „euer" Herrmann im Verwaltungsrat sitzt, schon einmal etwas davon gehört, daß sich seine dortige Tätigkeit auch nur in einem Punkt für die Interessen der Eisenbahner ausgewirkt hätte?

Gewiß nicht. Von der Existenz Herrmanns hört auch der Eisenbahner, jetzt nach seiner Neuernennung, seit Jahren zum erstenmal wieder den Namen. Mehr nicht. Sonst sitzt er offenbar höchst friedlich mit den Herren von Siemens, Dorpmüller, Silverberg usw. alle paar Monate einmal zusammen und bezieht, wie diese, dafür seine „schwerverdienten" 24 000 RM (vielleicht sind es heute etwas weniger) Verwaltungsratsdiäten pro Jahr. Den Eisenbahnern aber wird ihr Hungerlohn immer mehr gekürzt, ohne daß man auch nur das geringste von einem Protest Herrmanns hört.

Das ist Wirtschaftsdemokratie. Nie wird sie anders aussehen.

Unerfüllte Voraussetzungen des Sozialismus

Von J. Walcher

III.

Der alte Staatsapparat

Aber nicht nur auf dem militärischen Gebiet tat die „Revolutionsregierung" das Gegenteil von dem, was der Sieg der proletarischen Revolution und die Verwirklichung des Sozialismus erforderten. Auch die kaiserliche Bürokratie blieb unangetastet, sogar der Bundesrat wurde „ermächtigt, seine Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben".

Der Teil der Regierung, der faktisch den Regierungsapparat trotz der ausgeübten Kontrolle beherrschte, sah so aus: Inneres — Dr. Preuß, Aeußeres — Dr. Solf, Krieg — General Scheuch, Marine — Admiral von Mann, Schatzamt — Schiffer, Demobilisation — Koeth, Justiz — Dr. Krause. Mit Ausnahme von Preuß waren das alles ausgekochte Reaktionäre. Die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, die Zitzewitze und Itzenplitze, die Bülow und Jagow blieben im Amt.

Bereits am 18. November schlug Rosa Luxemburg Alarm:

„Was tut die Regierung? Sie beläßt den Staats- als Verwaltungsorganismus von oben bis unten ruhig weiter in den Händen der gestrigen Stützen des Hohenzollerischen Absolutismus und der morgigen Werkzeuge der Konter-Revolution."

Und dasselbe wie bei der Regierung und Verwaltung geschah auch in der Justiz. Am 16. November wurden die ersten tastenden Versuche, den bürgerlichen Justizapparat und seine Praxis auch nur zu kontrollieren, durch eine Verordnung der preußischen „Revolutionsregierung" durchkreuzt, in der es heißt:

„Wir weisen darauf hin, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angetastet werden darf. Es ist daher unzulässig, wenn seitens eines Arbeiter- und Soldatenrates, wie es vorgekommen ist, angeordnet wird, daß die Urteile der Gerichte dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Genehmigung vorzulegen sind."

Unter dieser Kundgebung stehen auch die Namen der Unabhängigen H. Ströbel, A. Hoffmann und Kurt Rosenfeld.

Von der ersten Revolutionswoche an schrie das Bürgertum mit Einschluß der Sozialdemokraten nach der Konstituierenden Versammlung. Der rechte Flügel der Unabhängigen erklärte sich im scharfen Gegensatz zu dem linken von Anfang an für die Nationalversammlung, war aber bestrebt, ihren Zusammentritt möglichst weit hinauszuschieben. Jedoch bereits am 12. November erklärten sich die Volksbeauftragten prinzipiell für die **Konstituierende Versammlung und teilten in einer Regierungskundgebung mit, daß sie nach dem gleichen, allgemeinen und geheimen Wahlrecht gewählt werden soll.**

Jenen Unabhängigen-Führern, die sich in dieser entscheidenden Frage nach den Worten von Rosa Luxemburg „mit den Wächtern des Kapitalismus in Reih und Glied stellten", hielt R. L. weiter entgegen:

„Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewußt oder unbewußt auf das historische Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück. Er ist ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein bewußter Ideologe des Kleinbürgertums.... Keine Ausflüchte, keine Zweideutigkeiten — die Würfel müssen fallen. Der parlamentarische Kretinismus war gestern eine Schwäche, ist heute eine Zweideutigkeit, wird morgen ein Verrat am Sozialismus sein."

Im Namen der Volksbeauftragten erklärte der Unabhängige Dittmann auf dem ersten Rätekongreß, „die Regierung erblicke in der Nationalversammlung den Ausdruck des Volkswillens und sie sei überzeugt, daß die Wahlen eine sozialistische Mehrheit ergeben."

Darauf hatte Rosa Luxemburg schon im voraus geantwortet:

„Kleinbürgerliche Illusionen! Sie stellen sich den Verlauf der gewaltigsten sozialen Revolution, seit die Menschheit besteht, in der Form vor, daß verschiedene Gesellschaftsklassen zusammen kommen, eine schöne, ruhige und „würdige" Diskussion miteinander pflegen, sodann eine Abstimmung — vielleicht noch den berühmten „Hammelsprung" — veranstalten. Wenn dann die Kapitalistenklasse sieht, daß sie in der Minderheit ist, erklärt sie als wohldisziplinierte parlamentarische Partei mit einem Seufzer: Nichts zu machen! Wir sehen, daß wir überstimmt worden sind, wir fügen uns und vergeben unsere gesamten Ländereien, Fabriken, Bergwerke und alle unsere feuersicheren Kassen und schönen Profite den Arbeitern."

Daß in der USPD auch sehr viele entschlossene Gegner der Nationalversammlung vorhanden waren, ist bekannt. Aber daß in dieser, wie in fast allen wichtigen Fragen verschiedene Auffassungen bestanden, das spricht keineswegs für die USPD, das beweist taktisch, daß es ihr nicht nur an der nötigen Klarheit, sondern auch an der für eine revolutionäre Partei unerläßlichen prinzipiellen Einheitlichkeit mangelte.

Werbt Abonnenten

Berlins Bevölkerung sinkt weiter

Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Amtes Berlin wurden im Oktober 2866 (im September 2734) Kinder lebend geboren. Es starben 3902 Personen (im September 3516), darunter 189 (im September 166) Kinder im Alter von 0 bis 1 Jahr. Zugezogen sind 26 402 (im September 16 921), fortgezogen 26 317 (im September 20 709) Personen. Die Bevölkerungsverminderung betrug also im Oktober 951 (im September 4566) Personen. Die Bevölkerung am 1. November betrug 4 227 198 (am 1. Oktober 4 228 049).

Kompanie — singt!

Schloß Osterstein, viele Jahre eines der größten sächsischen Gefängnisse für „rückfällig gewordene Verbrecher", wurde vor kurzem aufgelöst. Seltsam anmutende Stille herrschte plötzlich in dem riesigen, von haushohen Mauern umgebenen Gebäudekomplex, und von den laut hallenden Schritten der patrouillierenden Nachtwachen war nichts mehr zu hören. Durch ganz Zwickau ging die Frage: Was wird der Staat mit diesen Gebäuden anfangen? Eines Tages war dieses Rätsel gelöst. Junge Leute in phantastischen Uniformen waren eingezogen. Ein Verein mit der harmlos klingenden Bezeichnung „Verein für Umschulung" hatte ein Lager für freiwilligen Arbeitsdienst errichtet. Die wenigen früh noch zur Arbeit eilenden Arbeiter hörten längst verklungene Töne, wie weiland auf den Kasernenhöfen. Und wenn früh die jungen, wieder in die Zwangsjacke gesteckten Burschen ihr Gefängnis verlassen, gibt eine knarrende Kommandostimme den Befehl: Kompanie — singt!

Dies ist das wahre Gesicht des sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstes. Und wenn man den Verein für Umschulung näher betrachtet und sich die führenden Männer dieses „Vereins" anschaut, dann erkennt man den wahren Charakter dieses Vereins. Mit neuen Mitteln will man eine alte Sache wieder ins Leben rufen. Der Geist und Menschlichkeit tötende Militarismus soll fröhliche Auferstehung feiern. Die Führer und Leiter dieses „Musterarbeitslagers" sind bekannte Führer der Nazis aus Zwickau und Umgebung.

Es ist durchaus nicht müßig, die Frage zu stellen: Wo sind die beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD geblieben? Was haben sie getan, um die Errichtung dieser neuen Nazikaserne, nunmehr die dritte in Zwickau, zu verhindern? Nichts haben sie getan! Sie haben im Gegenteil diesen neuen Hort militärischen Ungeistes gestärkt. So sind z. B. die Söhne des bisherigen SPD-Stadtverordneten Nohr und des Berufsberaters Seidel freiwillig in diese Nazirekrutenschule gegangen. Und es ist fürwahr symbolisch für die Einstellung der Sozialdemokratie, daß junge sozialdemokratische Arbeiter an einem von Nazis eingerichteten und geleiteten Arbeitsdienstlager teilnehmen. Symbolisch ist aber auch die Tatsache, daß sich das Lager befindet in einem ehemaligen Gefängnis. Hinter vergitterten Fenstern verbringen fast 200 junge Menschen nunmehr ihr an Freude so armes Leben. Werden sie von ihrer Menschenwürde etwas hinüberretten in eine bessere Zukunft oder werden sie gezeichnet sein von den Schatten unzerbrechlicher Gitterstäbe?

Unterbezirk Zwickau-Crimmitschau

Der für 3. u. 4. Dezember vorgesehene Kursus mit Gen. Paul Frölich, muß Umstände halber verschoben werden. Wenn der Kursus stattfindet, wird den Ortsgruppen rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Eine Beamtengewerkschaft verfällt der NSDAP

Der „Deutsche Eisenbahner", das Organ des freigewerkschaftlichen Einheitsverbandes der Eisenbahner, bringt in Nr. 47 vom 20. November 1932 aufsehenerregende Enthüllungen über Verhandlungen zwischen der Leitung des zum deutschen Beamtenbund gehörenden Zentralgewerkschaftsbundes deutscher Reichsbahnbeamten (ZGdR) und der NSDAP. Danach hat der Führer des ZGdR Rusch in Frankfurt a. M. mit dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten und Beamtenführer Sprenger ein Abkommen getroffen, das der NSDAP ein Präsentationsrecht für Kandidaturen auf der ZGdR-Liste einräumt. Die Gegenleistung der NSDAP sollte darin bestehen, daß sie auf die Aufstellung eigener Listen oder auf die Propagierung von Kandidaturen der neugeschaffenen Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Reichsbahnbeamter verzichtet.

An diese Bedingung hat sich die NSDAP nicht gehalten und dabei — ein gutes Geschäft gemacht. Es gelang ihr bekanntlich bei den Beamtenrätewahlen nicht nur, eine Reihe von Mandaten mit eigenen Listen zu erobern, sondern sie beherrschte darüber hinaus durch ihr Präsentationsrecht die ZGdR-Liste.

Die Einheitsfront

SPD.-, SAP.- u. KPD.-Genossen sind sich darüber einig, daß

DIE ENTE

die beste und billigste politisch-satirische Wochenschrift ist.

Sie erscheint jeden Donnerstag!

Preis 10 Pfennig

Bei allen Zeitungshändlern erhältlich - Probe-Nummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7